

Vereinigte Staaten, Sowjetunion und Frankreich zur Weltlage

Drei Reden aus der Generaldebatte: Goldberg, Gromyko, Couve de Murville

Der Punkt 9 der Tagesordnung der Vereinten Nationen gehört mit lückenloser Regelmäßigkeit der sogenannten Generaldebatte. Die Bezeichnung Generaldebatte ist irreführend. Es handelt sich nicht um eine Debatte, sondern, sofern man von dem wenig benutzten Recht auf unmittelbare Antwort nach direkten Angriffen auf einen Mitgliedstaat absieht, um die sich in lockerer Folge fast täglich, über mehrere Wochen fortsetzende Aneinanderreihung von Reden. Die weitaus meisten Mitgliedstaaten benutzen das Recht, in der Generaldebatte vor dem Plenum und damit vor der ganzen Welt die Auffassungen ihrer Regierungen über die Weltlage darzulegen und hierbei mehr oder weniger programmatische Vorschläge zu machen. In fast allen Fällen sind die führenden Persönlichkeiten der jeweiligen Regierung als Redner eigens zu diesem Zweck nach New York gekommen. So haben sich an der jetzt beendeten Generaldebatte der noch andauernden 21. Vollversammlung 108 Mitgliedstaaten beteiligt: 1 Staatspräsident, mehrere Ministerpräsidenten, 76 Außenminister, zahlreiche Vizepremier und andere Spitzendiplomaten. Es liegt auf der Hand, daß die meisten Reden keine weltpolitisch bedeutsamen Vorschläge oder Anregungen enthalten können. Politische Sensationen sind Ausnahmen. Wiederholungen sind unvermeidlich. Die vielen Worte, wenn auch über Wochen verteilt, ermüden den Zuhörer. Dennoch werden die Reden der Großmächte und auch der jeweils aus anderen Gründen interessanten Länder mit einer gewissen Spannung erwartet. Alles in allem aber erhält die Öffentlichkeit von der Bedeutung der Generaldebatte eine völlig unzulängliche Vorstellung. Die Sorgfalt, mit der die Reden von den Staaten verfaßt werden, weil sie Wert darauf legen, daß die Welt zur Kenntnis nimmt, wie sie über die Weltlage urteilen, der Ernst, bisweilen die Leidenschaft, mit der die Redner sprechen, und die hohe Auswahl der Redner – wo treffen sich sonst noch 100 leitende Minister, darunter die führenden der Welt, um die Meinung ihrer Länder zu äußern? – lassen es angebracht sein, den Wortlauten wenigstens der wichtigsten Redner einmal Raum zu geben. Es ist ein erheblicher Unterschied, ob eine Rede im Auszug oder gar nur als Zusammenfassung von einigen Zeilen oder aber im vollen Wortlaut, alle Gedanken im richtigen Zusammenhang geäußert und mit allen Stileigenheiten, zur Kenntnis genommen wird. Die Unmittelbarkeit einer Rede, und sei sie nur gelesen, übt eine viel stärkere Wirkung aus als eine Abstraktion oder ein Auszug. Und schließlich geben die Wortlaute eine farbige Vorstellung von dem Verhältnis der Heimatstaaten der Redner zur Weltorganisation. Kommt hinzu, wie es in der jetzt beendeten Generaldebatte der Fall war, daß ungeachtet auch anderer Themen ein thematischer Schwerpunkt, nämlich der Vietnamkrieg, vorhanden war, mit dem sich alle Redner befaßten, so dürfte es trotz gewisser Längen und Wiederholungen nützlich, lehrreich und auch genüßlich sein, eine überlegte Auswahl von Reden im Wortlaut zu lesen. Leider sind die Übersetzungen in ihrer Qualität unterschiedlich. Das ließ sich aus verschiedenen Gründen nicht völlig vermeiden. – Wir bringen in diesem Heft die Wortlaute der Reden des Chefdelegierten der USA, des Botschafters Arthur Goldberg, der wie sein verstorbener Vorgänger Adlai Stevenson Kabinettsrang hat, des sowjetischen Außenministers Andrej Gromyko und des französischen Außenministers Couve de Murville, da gerade sie in der Vietnamfrage unterschiedliche Standpunkte äußern. Im nächsten Heft sollen aus ähnlichen und aus anderen bemerkenswerten Gründen die Reden des englischen, des schwedischen und des österreichischen Außenministers folgen.

Wortlaut der Rede des amerikanischen Chefdelegierten bei den Vereinten Nationen, des Botschafters Arthur Goldberg, vor der Vollversammlung am 22. September 1966

Wenn die Vollversammlung jetzt im 21. Jahr des Bestehens der Vereinten Nationen zusammengetreten ist, dann sind wir uns als Vertreter der Vereinigten Staaten bewußt – wie sich eigentlich jede Delegation bewußt sein muß –, welche großen Möglichkeiten wir alle zusammen haben, die wir in dieser Weltorganisation für den Frieden arbeiten. Niemand, dessen bin ich sicher, spürt diese Verantwortlichkeit deutlicher als unser Generalsekretär U Thant. In den vergangenen fünf Jahren hat er mit Würde und Erfolg ein Amt bekleidet, das vielleicht das schwerste in der ganzen Welt ist. Wir wissen, wieviel selbstlose Hingabe und Energie von ihm zum Wohle der Weltgemeinschaft aufgebracht worden sind. Wir können gut verstehen, wie ihn die Bürde dieses Amtes zu der Entscheidung bewegen hat, sich nicht für eine zweite Amtsperiode als Generalsekretär zur Verfügung zu stellen.

Aber die Vereinten Nationen brauchen ihn. Sie brauchen ihn als Persönlichkeit. Sie brauchen ihn als einen Generalsekretär, der sein Amt voll und ganz im Sinne der Charta als ein wichtiges Organ der Vereinten Nationen auffaßt, ausgestattet mit der Vollmacht, mit Initiative und Wirksamkeit zu handeln. Die Mitglieder sind trotz all ihrer Unterschiedlichkeit und sogar Unstimmigkeit in ihrem Vertrauen in ihn einig. Sein Weggang wäre in dieser kritischen Zeit im Weltgeschehen und in der Existenz der Vereinten Nationen ein schwerer Verlust sowohl für die Organisation selbst als auch für die Sache des Friedens unter den Völkern.

Wir bringen erneut unsere tiefe Hoffnung zum Ausdruck, daß er dem einstimmigen Wunsch der Mitglieder nachgeben und sich zu einer Verlängerung seiner Amtszeit bereiterklären wird. Eine positive Entscheidung seinerseits in dieser Frage würde uns allen neuen Mut verleihen, an die vielen großen Probleme auf unserer Tagesordnung heranzugehen.

Die Völker der Welt, Herr Präsident, erwarten von den Vereinten Nationen eine Lösung dieser Probleme. Mit all ihren

Sorgen und Hoffnungen bringen sie dieser Organisation großes Vertrauen entgegen. Sie erwarten von uns nicht fromme Worte, sondern solide Ergebnisse –, daß Abkommen geschlossen, Kriege beendet oder verhütet, Verträge niedergelegt, gemeinsame Programme in Angriff genommen werden –, Ergebnisse, die die Menschheit einige Schritte – aber gewaltige Schritte – den Zielsetzungen der Charta näher bringen, der wir alle verpflichtet sind.

I

Aus dieser Erkenntnis heraus haben die Vereinigten Staaten sich überlegt, was sie in dieser Allgemeinen Debatte sagen könnten, um dadurch die Aussichten auf solche fruchtbaren Ergebnisse in der derzeitigen Sitzung zu verbessern. Wir kamen zu dem Schluß, daß wir, anstatt zu versuchen, die vielen Probleme durchzugehen, denen wir Bedeutung beimessen, einen nützlicheren Beitrag leisten könnten, indem wir uns auf die ersten Gefahren für den Frieden konzentrieren, die jetzt in Asien bestehen – vor allem den Krieg in Vietnam –, und indem wir dieses Thema in einer konstruktiven und positiven Weise behandeln.

Der Konflikt in Vietnam ist vor allem ein asiatisches Problem, dessen Tragik und Leiden am schwersten auf den direkt in ihn verwickelten Völkern lasten. Seine Rückwirkungen aber sind weltweit. Die Energien vieler Staaten, auch meines Landes, werden durch ihn von dringenden und konstruktiven Vorhaben abgelenkt. Er ist – wie der Generalsekretär es in seiner Erklärung vom 1. September formulierte,

»der Ursprung schwerer Sorge und muß zum Ursprung noch größerer Not und Besorgnis nicht nur für die direkt darin verwickelten und für die Großmächte, sondern auch für die anderen Mitglieder der Weltorganisation werden«.

Meine Regierung bleibt auch weiterhin entschlossen, jede Zurückhaltung zu üben, um den Krieg zu begrenzen, und jede Anstrengung zu unternehmen, um den Konflikt so rasch wie möglich zum Ende zu bringen. Die wesentlichen Tatsachen des Vietnamkonflikts lassen sich kurz darlegen:

Vietnam ist bis heute durch die Demarkationslinie geteilt, auf die man sich im Jahre 1954 in Genf einigte. Nördlich und südlich

dieser Linie liegen Nord- und Südvietnam. So provisorisch sie in ihrer Art auch sein mögen - bis zur Entscheidung über eine friedliche Wiedervereinigung Vietnams durch den Prozeß der Selbstbestimmung -, so sind sie dennoch politische Realitäten in der internationalen Gemeinschaft.

Das Genfer Abkommen, in dem die Demarkationslinie festgelegt wurde, ist so strikt in seinem Verbot der Gewaltanwendung, daß es jegliche militärische Einmischung einer Seite in die Angelegenheit der anderen verbietet. Es verbietet sogar Zivilisten, die entmilitarisierte Zone zu durchqueren. Im Jahre 1962 wurde auch die militärische Infiltration durch Laos hindurch verboten. Und trotz dieser Bestimmungen wird Süvietnam schon seit einigen Jahren von Kräften angegriffen, die vom Norden befehligt und versorgt werden und die durch reguläre Einheiten der Nordvietnamesischen Armee - gegenwärtig etwa 17 identifizierte Regimenter - verstärkt worden sind. Das erwiesene Ziel dieses Angriffes besteht darin, der Bevölkerung von Südvietnam ein System aufzuzwingen, das sie in keiner Weise in einem friedlichen Prozeß gewählt hat.

Es muß festgestellt werden, daß diese Handlung Nordvietnams nicht nur der Charta der Vereinten Nationen widerspricht, sondern auch den Formulierungen der Resolution 2131 (XX) der Vollversammlung, die diese erst im vergangenen Dezember einstimmig verabschiedet hat und die den Titel trägt: »Erklärung über die Unzulässigkeit der Intervention in die inneren Angelegenheiten von Staaten und den Schutz ihrer Unabhängigkeit und Souveränität«.

Diese Resolution erklärt unter anderem in Paragraph 1, daß »kein Staat das Recht hat, was für Gründe er auch immer haben mag, sich in die inneren oder äußeren Angelegenheiten irgendeines anderen Staates einzumischen«.

Sie erklärt weiter, daß

»kein Staat subversive, terroristische oder bewaffnete Tätigkeiten, die auf den gewaltsamen Sturz (der Regierung) eines anderen Staates abzielen, organisieren, unterstützen, fördern, finanzieren, anstacheln oder dulden oder sich in einen Bürgerkrieg in einem anderen Staat einmischen darf«.

Es ist wohl kaum möglich, eine zutreffendere Beschreibung dessen zu geben, was Nordvietnam heute und seit Jahren in Südvietnam tut. Das Verbot der Gewaltanwendung und Subversion - sowohl durch diese Resolution als auch durch die Charta selbst - muß sicherlich in vollem Ausmaß für internationale Demarkationslinien gelten, die durch feierliche internationale Verträge festgelegt worden sind. Das gilt nicht nur für Vietnam, sondern für alle geteilten Staaten, wo die Zuflucht zur Gewalt zwischen den getrennten Teilen weitreichende Folgen haben kann. Darüber hinaus verbieten feierliche internationale Abkommen, und ganz besonders die Genfer Abmachungen, ausdrücklich die Zuflucht zur Gewalt als Mittel zur Wiedervereinigung des Landes.

Herr Präsident, die Vereinigten Staaten und andere Länder haben gerade wegen des Versuchs, die Situation in Vietnam mit Gewalt zu ändern, und wegen der möglichen weitreichenden Folgen anderswo den Appellen Südvietnams um militärische Unterstützung stattgegeben. Unsere Ziele bei der Gewährung dieser Hilfe sind klar begrenzt. Wir führen keinen »Heiligen Krieg« gegen den Kommunismus. Wir wollen kein amerikanisches Imperium oder eine »Einflußsphäre« in Asien errichten. Wir wollen keine ständigen Militärstützpunkte, keine ständige Stationierung von Truppen, keine ständigen Bündnisse, keine ständige amerikanische »Präsenz« irgendwelcher Art in Südvietnam. Wir wollen Südvietnam keine Politik der bündnismäßigen Festlegung aufzwingen. Wir wollen die Regierung Nordvietnams nicht stürzen. Wir wollen dem chinesischen Festland weder Schaden zufügen noch wollen wir irgendeines seiner legitimen Interessen bedrohen. Wir verlangen von Nordvietnam keine bedingungslose Kapitulation, ja noch nicht einmal die Aufgabe von irgend etwas, was ihm gehört; noch wollen wir irgendeinen Teil des südvietnamesischen Volkes von der friedlichen Beteiligung an der Gestaltung der Zukunft seines Landes ausschließen.

Lassen Sie mich kurz und bündig darlegen, welches unsere Ziele sind. Wir wollen eine politische und keine militärische Lösung dieses Konfliktes. Ich wiederhole: Wir wollen eine politische und keine militärische Lösung dieses Konfliktes. In gleicher Weise aber weisen wir den Gedanken zurück, daß Nordvietnam das Recht hat, eine militärische Lösung aufzuzwingen. Wir versuchen, dem südvietnamesischen Volk das gleiche Recht der Selbstbestimmung - über seine eigene politische Zukunft frei von Zwang zu entscheiden - zu sichern, das die Charta der Vereinten Nationen allen zusichert. Und wir glauben, daß über die Wiedervereinigung Vietnams von der Bevölkerung Süd- und Nordvietnams in freier Wahl ohne Einmischung von außen entschieden werden sollte, und sind voll und ganz bereit, das Resultat einer solchen Entscheidung zu unterstützen.

Dies also sind unsere festen Ziele. Wir sind uns über die von

Hanoi zu diesen Fragen dargelegte Einstellung durchaus im klaren. Aber unterschiedliche Ansichten können nur durch Kontakte, Diskussionen oder Verhandlungen bereinigt werden. Unsererseits sind wir seit langem bereit gewesen - und sind dies auch heute noch -, ohne jede Vorbedingung zu verhandeln. Wir sind bereit, die vier Punkte Hanois zusammen mit anderen Punkten, die vielleicht von anderen Parteien vorgebracht werden mögen, zu erörtern. Wir sind bereit, über eine Lösung des Konfliktes zu verhandeln, die auf der strikten Einhaltung der Genfer Abkommen von 1954 und 1962 beruht, so wie sie in dem Kommuniqué der jüngsten Konferenz der Warschauer Staaten in Bukarest gefordert wurde. Und wir werden auch die erneute Einberufung der Genfer Konferenz oder einer asiatischen Konferenz oder irgendeines anderen allgemein akzeptablen Forums unterstützen. Gleichzeitig haben wir Überlegungen angestellt, ob das Fehlen einer Übereinstimmung über Friedensziele das einzige Hindernis für die Aufnahme von Verhandlungen gewesen ist. Wir sind uns darüber im klaren, daß manche Leute andere Hindernisse sehen, und ich möchte im Hinblick darauf drei Vorschläge unterbreiten:

1. Es ist gesagt worden, daß die Bombardierung Nordvietnams ein Hindernis sei. Darf ich daran erinnern, daß Nordvietnam fünf Jahre lang nicht bombardiert worden ist und daß während dieser Zeit die Infiltration aus Nordvietnam ständig zugenommen hat; daß sich während dieser Zeit keine amerikanischen Kampftruppen in Vietnam befanden; und daß während dieser Zeit unentwegt Anstrengungen gemacht wurden, um eine friedliche Lösung herbeizuführen. Und darf ich weiter daran erinnern, daß wir schon zweimal unsere Bombardierung ausgesetzt haben - einmal 37 Tage lang -, ohne daß von der anderen Seite als Gegenleistung irgend etwas unternommen worden wäre, um die Feindseligkeiten zu verringern, und ohne irgendein Anzeichen für eine Verhandlungsbereitschaft von der anderen Seite.

Darf ich trotzdem erklären, daß die Vereinigten Staaten in dieser Angelegenheit erneut bereit sind, den ersten Schritt zu tun. Wir sind bereit, die völlige Einstellung der Bombardierung Nordvietnams anzuordnen - in dem Augenblick, in dem man uns versichert - über private Kanäle oder sonstwie -, daß auf diesen Schritt hin sofort eine entsprechende und angemessene Verringerung der Feindseligkeiten - De-Eskalation - seitens der anderen erfolgen würde. Wir bitten daher dringend, daß der Regierung in Hanoi die folgende Frage gestellt wird - deren Antwort wir auf privatem oder öffentlichem Wege entgegenzunehmen bereit sind:

Würde sie im Interesse des Friedens und als Reaktion auf eine vorherige Einstellung der Bombardierung Nordvietnams durch die Vereinigten Staaten entsprechende und rechtzeitige Schritte unternehmen, um ihre eigenen militärischen Aktionen gegen Südvietnam zu verringern oder einzustellen?

2. Ein weiteres Hindernis, sagt man, sei die Überzeugung oder Furcht Nordvietnams, daß die Vereinigten Staaten eine ständige militärische Präsenz in Vietnam zu schaffen beabsichtigten. Für eine derartige Befürchtung gibt es keine Grundlage. Die Vereinigten Staaten sind bereit, ihre Truppen abzuziehen, wenn die anderen sie abziehen, damit in Südvietnam der Friede wiederhergestellt werden kann, und sie sind für einen internationalen Apparat - entweder durch die Vereinten Nationen oder eine andere Organisation -, um eine wirksame Überwachung des Truppenabzuges zu gewährleisten.

Wir bitten daher dringend darum, daß an Hanoi auch die folgende Frage gerichtet wird:

Wäre Nordvietnam gewillt, einen Zeitplan für einen überwachten, in Phasen erfolgenden Abzug aller ausländischen Truppen aus Südvietnam zuzustimmen -, des Abzugs der Truppen Nordvietnams genauso wie derjenigen aus den Vereinigten Staaten und den anderen Ländern, die Südvietnam Hilfe leisten?

3. Ein weiteres Hindernis, sagt man, sei die fehlende Übereinstimmung über den Platz, den der Vietcong bei den Verhandlungen einnehmen soll. Einige argumentieren, daß der Vietcong - unbeschadet der unterschiedlichen Ansichten darüber, wer die Kontrolle über ihn ausübt - eine an den Kämpfen beteiligte Kraft ist und als solche auch an den Verhandlungen teilnehmen sollte.

Unsere Auffassung bezüglich dieser Angelegenheit ist von Präsident Johnson zum Ausdruck gebracht worden, der klargemacht hat, daß diese Frage, soweit es die Vereinigten Staaten angeht, kein »unüberwindliches Problem« darstellen würde. Wir möchten die Behörden in Hanoi auffordern, sich zu überlegen, ob dieses Hindernis für Verhandlungen vielleicht nicht doch mehr in der Einbildung als in der Realität existiert.

Herr Präsident, wir unterbreiten diese Vorschläge im Interesse des Friedens in Südostasien. Es mögen andere Vorschläge gemacht werden. Unser Standpunkt ist heute nicht starr und ist es nie gewesen. Aber welcher Vorschlag auch immer Erfolg haben wird, wir sind der festen Überzeugung, daß es nicht derjenige sein wird, der einfach die Ereignisse in Vietnam

diffamiert und an die eine Seite appelliert aufzuhören, während die andere Seite ermutigt wird. Ein solcher Standpunkt kann den Frieden nur hinauszögern, den wir alle wünschen.

Die einzige durchführbare Formel für eine Regelung kann die sein, die den Grundinteressen aller Beteiligten gerecht wird.

In diesem Geiste begrüßen wir die Erörterung dieser Frage entweder im Sicherheitsrat - wo die Vereinigten Staaten selbst die Angelegenheit zur Sprache gebracht haben - oder hier in der Vollversammlung, und wir sind voll und ganz bereit, an einer solchen Erörterung teilzunehmen. Wir ersuchen jedes Organ und jedes Mitglied der Vereinten Nationen, dessen Einfluß in dieser Sache dienlich sein kann, eindringlich um weitere Initiative. Jedes Mitglied hat die Verantwortung, seine Macht und seinen Einfluß für den Frieden geltend zu machen: Und je größer die Macht und der Einfluß, desto größer die Verantwortung.

II

Ich möchte mich jetzt einem weiteren Problem zuwenden, das zum Teil mit dem ersten zusammenhängt: nämlich dem Problem der Förderung konstruktiver Beziehungen zwischen dem chinesischen Festland - mit seinen 700 Millionen Menschen - und der übrigen Welt. Die Fehlleitung eines so großen Teils der Energien dieses riesigen, arbeitsamen und talentierten Volkes in fremdenfeindliche Demonstrationen - wie die außergewöhnliche und alarmierende Aktivität der Roten Garde - und die offizielle Politik und Lehre von der Aufstachelung zu Revolution und Subversion in der ganzen Welt sind Phänomene, die zu den beunruhigendsten unseres Zeitalters gehören. Zu den wesentlichen Voraussetzungen für einen Frieden in Asien gehören sicherlich die ›Versöhnung zwischen Nationen, die sich heute gegenseitig als Feinde bezeichnen‹, und insbesondere ›ein friedliches chinesisches Festland‹.

Ich darf Ihnen kategorisch versichern, daß es nicht die Politik der Vereinigten Staaten ist, das kommunistische China von der übrigen Welt zu isolieren. Wir haben im Gegenteil versucht, die Gebiete der Feindseligkeit einzuengen und den Weg für die Wiederherstellung unserer traditionell freundschaftlichen Beziehungen zu dem großen chinesischen Volk zu ebnen. Unsere Anstrengungen auf diesem Gebiet waren vielfältiger Art. Seit 1955 haben Vertreter der Vereinigten Staaten mit Vertretern Pekingens in Genf und später in Warschau 131 bilaterale diplomatische Zusammenkünfte abgehalten. Wir haben - ohne Erfolg - versucht, zahlreiche inoffizielle Verbindungen mit dem chinesischen Festland anzubahnen. Wir haben eindeutig erklärt, daß wir nicht beabsichtigen, das bestehende Regime in Peking anzugreifen, zu überfallen oder zu stürzen. Und wir haben unserer Hoffnung Ausdruck verliehen, daß Vertreter Pekingens sich mit uns und anderen zu echten Verhandlungen über die Abrüstung, einen Atomstoppvertrag und ein Verbot der weiteren Ausbreitung der Kernwaffen zusammensetzen würden.

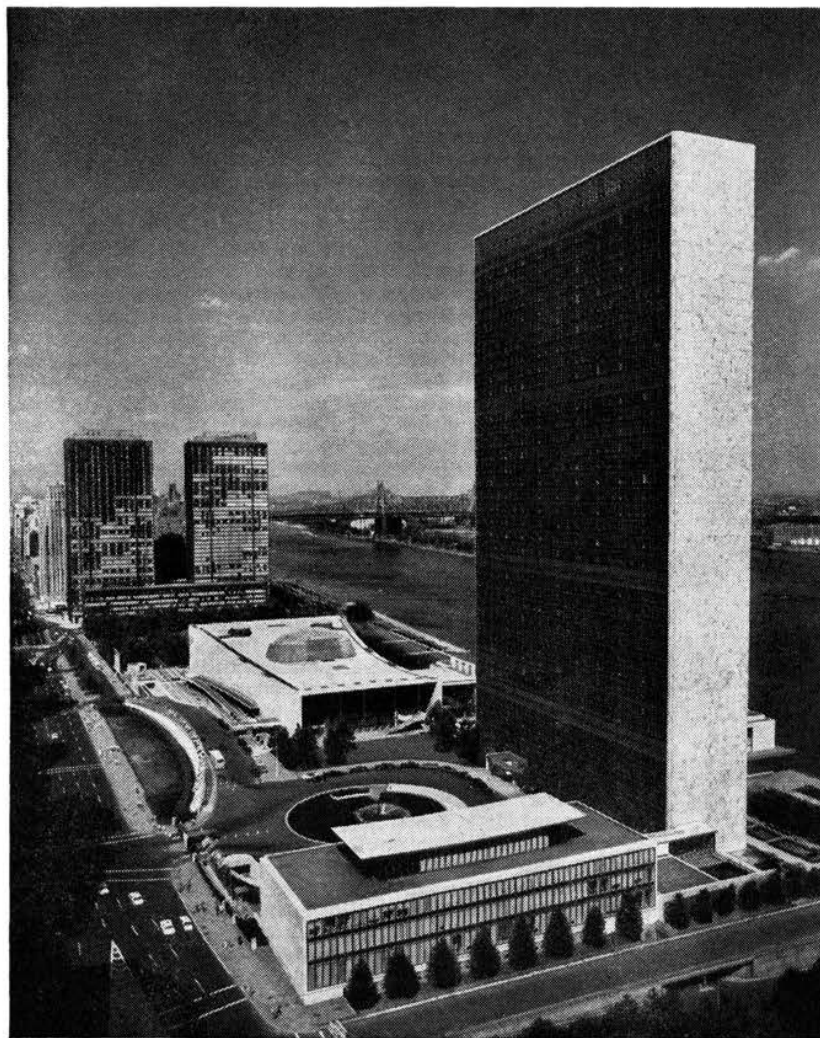
Aber die Völkergemeinschaft kann Pekingens Politik und Doktrin der Intervention mit Gewalt und der Subversion in anderen Ländern nicht gutheißen - gleichgültig, ob dies nun unter dem Deckmantel sogenannter nationaler Befreiungskriege gegen unabhängige Staaten oder unter sonst einem Deckmantel praktiziert wird. Eine solche Intervention findet weder in der Charta der Vereinten Nationen noch in den Resolutionen der Vollversammlung eine Rechtfertigung. Und doch haben Dutzende der hier in diesem Saal vertretenen Nationen diese illegalen Tätigkeiten am eigenen Leibe erfahren müssen. Im Lichte dieser Tatsachen und aus unserem Wunsche heraus, eine bessere Atmosphäre zu schaffen, haben die Vereinigten Staaten wirklich sorgfältig das Problem erwogen, das sich aus der Abwesenheit von Vertretern Pekingens in den Vereinten Nationen ergibt.

Was diese Angelegenheit und die Haltung meines Landes zu jedem Versuch einer Lösung anbetrifft, so fallen zwei Tatsachen ins Gewicht:

1. Die Republik China auf Formosa ist ein Gründungsmitglied der Vereinten Nationen, und ihre Rechte sind eindeutig. Die Vereinigten Staaten werden sich nachdrücklich jedem Versuch widersetzen, die Vertreter der Republik China aus den Vereinten Nationen auszuschließen, um Vertretern des kommunistischen China an ihre Stelle zu setzen.

2. Das kommunistische China hat - wie noch niemand in der Geschichte dieser Organisation - besondere und außergewöhnliche Bedingungen für seine Einwilligung zu einem Beitritt zu den Vereinten Nationen gestellt. Über den Ausschluß der Republik China hinaus sind Forderungen gestellt worden, diese Organisation von den Zielsetzungen ihrer Charta abzubringen und zu pervertieren - und einige dieser Forderungen sind erst gestern gestellt worden.

Was mag die Ursache für diese Haltung sein? Wir können es nicht mit Sicherheit sagen, aber wir wissen, daß sie von einer Führung ausgeht, deren erklärtes Programm es ist, die Welt mit Gewalt umzuformen. Sie geht von einer Führung aus, die



Ein neuer Blick auf den Hauptsitz der UN in New York: Im Vordergrund die Hammaršköld-Bibliothek, rechts das 39stöckige Sekretariat, in der Mitte die Halle der Vollversammlung mit dem Flaggenwall und hinter dem Park in U-Form das kürzlich fertiggestellte Alcoa-Gebäude, in dem jetzt das Weltkinderhilfswerk und das UN-Entwicklungsprogramm untergebracht sind.

sich jeder Erörterung einer friedlichen Lösung in Vietnam widersetzt. Man möchte fast glauben, daß diese Führer ihr Land bewußt von einer Welt, und von den Vereinten Nationen, isolieren möchten, die sie nicht umformen und kontrollieren können. Sie haben ihr Land tatsächlich bereits in einem Ausmaß in die Isolation getrieben, das in der heutigen Welt einzigartig ist, eine Isolation nicht nur von den Vereinigten Staaten und ihren Verbündeten, sondern auch von den meisten der bündnisfreien Staaten und selbst von den meisten kommunistischen Nationen. Nicht nur die Vereinigten Staaten, sondern auch viele andere haben bessere Beziehungen angestrebt und sind zurückgewiesen worden.

Im gegenwärtigen Augenblick der Geschichte, Herr Präsident, ist die grundlegende Frage der Beziehung zwischen dem kommunistischen China und den Vereinten Staaten eine Frage, auf die nur die Führer in Peking eine Antwort geben können. Werden sie aufhören, so absolut unannehmbare Bedingungen zu stellen; und sind sie bereit, die Verpflichtungen der Charta der Vereinten Nationen zu übernehmen, insbesondere aber jenen Grundsatzartikel der Charta einzuhalten, der die Mitglieder verpflichtet, sich jeder Drohung mit Gewalt oder Gewaltanwendung gegen die territoriale Integrität oder die politische Unabhängigkeit irgendeines Staates zu enthalten?

Die Welt - und meine Regierung - lauscht mit gespanntem Ohr auf eine brauchbare Antwort. Wir hoffen, daß sie bald kommt - je früher, desto besser. Wie viele andere Mitglieder hier hegen die Vereinten Staaten traditionell die freundschaftlichsten Gefühle für das große chinesische Volk und warten darauf, daß es einmal wieder den Kreis der Weltgemeinschaft bereichern und nicht mehr gefährden und gemäß dem Geist der Charta bereit sein wird, ›Toleranz zu üben und mit den anderen als guter Nachbar zu leben‹.

III

Herr Präsident, ich habe mich deshalb so ausführlich mit den großen und dornigen Fragen Asiens befaßt, weil sie weit mehr als nur regionale Bedeutung haben. Fortschritte auf dem Wege zu ihrer Lösung würden zu einer sichtbaren Verbesserung der Atmosphäre in den internationalen Beziehungen überall in der Welt führen. Die Vereinten Nationen wären in der Lage, sich neuen Aufgaben zuzuwenden - mit neuer Tatkraft an die großen Aufgaben der Versöhnung und des friedlichen Aufbaus heranzugehen, die in allen Teilen der Erde auf uns warten.

Eine solche friedliche Aufbauarbeit ist vor allem in den Entwicklungsländern vonnöten. Sie ist in Südostasien notwendig - heute ein Gebiet voll von Konflikten, aber auch voll gewaltiger unerschlossener Reserven -, wo mein Land bereit ist, einen ganz wesentlichen Beitrag zur Entwicklung des gesamten Gebietes, einschließlich Nordvietnams, zu leisten. Sie ist aber auch in der westlichen Hemisphäre nötig, wo sich die lateinamerikanischen Staaten, von den kühnen Idealen der Allianz für den Fortschritt beflügelt, bereits in einem tiefgreifenden, friedlichen Prozeß der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung befinden.

Nirgendwo kommt der Aufgabe der wirtschaftlichen Entwicklung größere Bedeutung zu als auf dem afrikanischen Kontinent, der in diesem Saal durch die Delegierten von siebenunddreißig Nationen vertreten ist. Anlässlich des Jahrestages der Organisation für afrikanische Einheit machte Präsident Johnson im vergangenen Mai Vorschläge über Wege und Möglichkeiten, wie die Vereinigten Staaten als ein Freund Afrikas zur Lösung einiger der großen bedeutenden wirtschaftlichen Probleme jenes Kontinentes beitragen könnten. Unsere Bemühungen auf diesem gesamten Gebiet treten jetzt in ein neues Stadium ein, da wir damit beginnen, die Empfehlungen eines Sonderausschusses zu verwirklichen, der eingesetzt wurde, um die amerikanische Beteiligung an bilateralen und multilateralen afrikanischen Entwicklungsprogrammen zu überprüfen.

Aber der Friede hat nicht nur eine wirtschaftliche Seite. Die Zeit ist längst vorüber, in der sich der Friede oder der materielle Fortschritt auf die Beherrschung eines Volkes durch ein anderes, oder einer Rasse oder Gruppe durch eine andere, gründen konnte. Und dennoch wird der Versuch, gerade dies zu tun, gegenwärtig im südlichen Teil Afrikas noch immer fortgesetzt. Aufgrund dessen besteht in diesem Gebiet eine echte Gefahr für den Frieden.

Meine Regierung hat bezüglich dieser Probleme ganz klare Ansichten. Wir sind mit der Minderheitenregierung in Südrhodesien nicht einverstanden und werden es nie sein. Das Ziel, das wir bezüglich jenes Landes verfolgen, ist unverändert wie im Mai dieses Jahres formuliert: »dem gesamten Volk Rhodesiens - und nicht nur sechs Prozent des Volkes - die volle Beteiligung an der Macht und Verantwortung des Staates zu ermöglichen«. Ebenso wenig können wir uns je mit einer Situation einverstanden erklären, wie sie in Südwestafrika besteht, wo eine Rasse eine andere unter der irreführenden Bezeichnung Apartheid in unerträglicher Unterdrückung hält.

Die Weigerung des internationalen Gerichtshofes, in der Südwestafrikafrage eine Sachentscheidung zu fällen, war höchst enttäuschend. Die Anwendung des Rechts aber auf diese Frage hängt nicht allein von jener Entscheidung ab. Das Vorgehen Südafrikas unterliegt auch weiterhin den Verpflichtungen, wie sie in früheren beratenden Rechtsgutachten des Gerichtes ausgesprochen wurden, dessen Autorität unvermindert fortbesteht. Nach diesen Rechtsgutachten kann Südafrika den internationalen Status des Territoriums nicht ohne Zustimmung der Vereinten Nationen ändern; und Südafrika ist nach wie vor gehalten, die Überwachung durch die Vereinten Nationen zu dulden, der Vollversammlung jährlich Bericht zu erstatten und »das materielle und moralische Wohl und den sozialen Fortschritt der Bewohner aufs äußerste zu fördern«.

Es ist nicht angebracht, daß Südafrika hinter einem technischen Urteilsspruch des Internationalen Gerichtshofes Zuflucht sucht, der sich nicht mit den wesentlichen Punkten dieses Falles befaßt. Es ist höchste Zeit, daß Südafrika seinen Verpflichtungen gegenüber der Völkergemeinschaft im Hinblick auf Südwestafrika nachkommt. Südafrikas fortgesetzte Mißachtung seiner klaren Verpflichtungen gegenüber der Völkergemeinschaft würde es eigentlich notwendig machen, daß alle Mitgliedstaaten in ihren Beziehungen zu Südafrika eine solche Haltung in Rechnung stellen.

IV

Herr Präsident, auch alle anderen bedeutsamen Fragen werden auf dieser Sitzung der Vollversammlung unsere Beachtung finden. Mit an erster Stelle stehen dabei Fragen der Abrüstung und der Rüstungskontrolle, wobei der Abschluß eines Vertrages zur Verhinderung der Weiterverbreitung von Kernwaffen und die Ausweitung des begrenzten Teststoppvertrages am vordringlichsten sind. Verbleibende Meinungsverschiedenheiten hinsicht-

lich dieser Fragen können und müssen auf der Grundlage des Kompromisses gelöst werden.

Schließlich möchte ich auf eine weitere Frage eingehen, die sowohl für die Vereinten Nationen als auch für mein Land von großer Bedeutung ist: auf den Vertragsentwurf, der die Tätigkeit im Weltraum, einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper, regeln soll.

Bei den Verhandlungen über diesen wichtigen Vertrag wurden wesentliche Fortschritte erzielt, aber verschiedene Punkte blieben noch ungeklärt. Einer davon ist die Frage der Berichterstattung der Weltraummächte über ihre Tätigkeit auf den Himmelskörpern. Eine zweite Frage befaßt sich mit dem Recht des gegenseitigen Zugangs der Weltraummächte zu ihren Einrichtungen auf den Himmelskörpern. Zu beiden Punkten haben die Vereinigten Staaten auf der jüngsten Sitzung des Rechtsunterausschusses des Weltraumausschusses im Interesse einer baldigen Übereinkunft weitgehende Kompromißvorschläge unterbreitet.

Leider ging die Sowjetunion nicht konstruktiv auf diese Vorschläge ein. Statt dessen beharrte sie auf einem wiederum weiteren Punkt: einer Bestimmung, nach der Staaten, die einem Land Beobachtungs- und Kontrollstationen zur Verfügung stellen, dieselben Einrichtungen auch allen anderen zugänglich machen sollen - und zwar ohne Gegenseitigkeit und ohne Rücksicht auf die Wünsche des Gastlandes. Diese von der Sowjetunion vorgeschlagene Verpflichtung war für viele Staaten, die an den Weltraum-Diskussionen teilnehmen, unannehmbar; sie wurde lediglich von einer sehr kleinen Anzahl osteuropäischer Staaten unterstützt.

Kontroll- und Beobachtungsstationen sind ein Gegenstand für zweiseitige Verhandlungen und Abkommen. Die Vereinigten Staaten haben mit einer Anzahl von Ländern solche Gespräche geführt und solche Abkommen auf einer Basis gemeinsamer Verpflichtungen und gemeinsamen Nutzens erreicht. Frankreich und die Europäische Organisation für Weltraumforschung (ESRO) haben ebenfalls weitverzweigte Netze von Kontroll- und Beobachtungsstationen auf ähnlicher Grundlage geschaffen. Es steht natürlich der Sowjetunion und jeder anderen Raumfahrt betreibenden Macht frei, in genau der gleichen Weise vorzugehen.

Ich möchte heute das Interesse meiner Regierung an bilateraler Zusammenarbeit bei der Beobachtung und Kontrolle von Raumfahrzeugen auf der Basis gemeinsamer Vorteile zum Ausdruck bringen, und ich möchte ferner ein Angebot machen, das diesen Engpaß überwinden hilft: Wenn die Sowjetunion an Beobachtungsmöglichkeiten von amerikanischem Boden aus interessiert ist, dann sind wir unsererseits bereit, mit sowjetischen Vertretern über die notwendigen technischen und sonstigen Erfordernisse zu sprechen, mit dem Ziel, zu einem für beide Seiten nützlichen Abkommen zu gelangen. Unsere Wissenschaftler und technischen Experten können unverzüglich zusammenkommen, um die diesbezüglichen Möglichkeiten zu sondieren.

Das Weltraumabkommen ist zu wichtig und zu dringlich, um es länger hinauszuzögern. Dieser Vertrag bietet uns gute Gelegenheit, im unbegrenzten Raum außerhalb dieses Planeten die Herrschaft des Friedens und des Rechts zu begründen - noch ehe das Wettrüsten auch auf diesen Bereich ausgedehnt worden ist. Er ist um so dringlicher wegen der raschen Fortschritte des Menschen auf dem Wege zum Mond.

Der bei weitem größere Teil der Arbeit an diesem Vertrag liegt hinter uns. Wir haben über wichtige Bestimmungen Einigung erzielt, u. a. über bedeutsame Verpflichtungen auf dem Gebiet der Rüstungskontrolle. Wir sollten in dem Bemühen fortfahren, die verbleibenden Nebenfragen im Geist der Verständigung zu regeln, damit diese Vollversammlung noch vor ihrer Vertagung einem fertigen Vertragswerk ihre Zustimmung geben kann.

*

Herr Präsident, es ist unsere aufrichtige Hoffnung, daß die heutigen Erklärungen der Vereinigten Staaten zu diesen Fragen zu konkreten Schritten in Richtung auf den Frieden und eine bessere Welt beitragen werden.

Wir kennen die Schwierigkeiten, sind aber nicht entmutigt. In den 21 turbulenten Jahren, die seit Inkrafttreten der Charta vergangen sind, haben sich die Vereinten Nationen Konfliktsituationen gegenüber gesehen, die nicht minder groß und kompliziert waren als jene, mit denen wir heute konfrontiert sind. Das Versagen dieser Organisation ist viele Male vorausgesagt worden. Aber alle Prophezeiungen erwiesen sich als falsch. Selbst die größten Belastungen haben unsere Organisation nicht zusammenbrechen lassen - und keine wird es so weit bringen. Die Vereinten Nationen sind gerade deshalb zu Größe und Ansehen gelangt, weil sie sich den schwierigsten Aufgaben stellten und ihre Lösung direkt anpackten.

Die Vereinten Nationen haben keine magische Kraft, außer der, die wir - ihre Mitglieder - ihr verleihen. Und diese magische Kraft ist etwas ganz einfaches: nämlich das unveränderliche Bewußtsein unseres gemeinsamen Menschseins und unser unbe-

irrbarer Friedenswille. Ohne dieses Bewußtsein und ohne diesen Willen wären diese Gebäude hier nur eine leere Hülle. Aber mit diesem Bewußtsein und mit diesem Willen besitzen wir hier das größte Instrument, das der Mensch jemals zur Beilegung von Konflikten und dem Aufbau einer besseren Zukunft erdacht hat, nach der sich die ganze Menschheit sehnt. Die Vereinten Nationen werden leben. Wir, ihre Mitglieder, müssen und wollen für ihr Leben und Gedeihen wirken. Welchen Wirrsalen wir auch entgegensehen, wir müssen und wollen dafür tätig sein, daß ihre Ziele des Friedens mehr und mehr Wahrheit werden.

Wortlaut der Rede des sowjetischen Außenministers Andrej Gromyko vor der Vollversammlung am 23. September 1966

Herr Präsident, ich darf Ihnen zuerst im Namen der sowjetischen Delegation zu Ihrer Wahl in das hohe Amt des Präsidenten der Vollversammlung gratulieren und aus tiefstem Herzen einen vollen Erfolg bei der Lösung Ihrer Aufgaben wünschen.

Die Satzung der Organisation der Vereinten Nationen beginnt mit der Verkündung der Entschlossenheit der Völker, »die kommenden Generationen von dem Unheil des Krieges zu erlösen, der zweimal in unserem Leben der Menschheit unaussprechliches Leid gebracht hat«. Dieses hohe Ziel hat Staaten vereinigt, die auf verschiedenen Kontinenten liegen und unterschiedlichen sozialen Systemen angehören. In ihm ist der Sinn des Bestehens der Organisation der Vereinten Nationen enthalten. Dieses Ziel gibt ein zuverlässiges Kriterium für die Einschätzung der Tätigkeit der UNO in jedem Zeitabschnitt.

Aber schon zu der Zeit, als die Charta der Vereinten Nationen ausgearbeitet wurde, als der Vorhang nach dem letzten Akt des heroischen Kampfes der Völker gegen die faschistischen Aggressoren noch nicht gefallen war, als das Leben unter Friedensverhältnissen anzulaufen begann, schon zu jener Zeit hatte kaum jemand die Illusion, daß es für die Mehrzahl der Staaten ausreichend sein würde, die rechtschaffenen Grundsätze der guten Nachbarschaft, der friedlichen Zusammenarbeit und der Gleichheit aller Nationen anzuerkennen, um hierdurch alle Gefahren, die in der Welt auf der Lauer liegen, zu beseitigen.

Um in den internationalen Beziehungen die Ideale des Friedens, der Freiheit und der Unabhängigkeit der Völker zu verankern, sind rechtzeitige und zielbewußte Aktionen der Friedenskräfte erforderlich. Das war früher richtig, das ist auch jetzt richtig. Heute jedoch gibt es unvergleichlich mehr Möglichkeiten für solche Aktionen. Die fatalistische Vorstellung, daß es auch in unserer Zeit nicht gelingen werde, den Kräften der Aggression Einhalt zu gebieten, ist ebensowenig stichhaltig wie die bedeutungslosen Illusionen jener, die hoffen, der internationale Horizont werde sich von selbst aufhellen.

Wenn ein Gewaltakt gegen Völker geplant wird, so tarnen dessen Urheber ihre Absichten stets mit Phrasen der Friedensliebe, mit verlogenen Versicherungen, bemüht, durch verschiedene Manöver Verwirrung in die Reihen der Aggressionsgegner zu tragen, die Tätigkeit der internationalen Organisationen zu lähmen, die dazu berufen sind, über den Frieden zu wachen. Je rascher daher eine Gefahr aufgedeckt wird und ihre Folgen erwogen werden, desto stärker und einhelliger wird die Abwehr sein, desto zuverlässiger wird der Weltfriede verteidigt werden.

Eben hiervon ausgehend, von den in der UNO-Charta verkündeten Zielen geleitet, setzt sich die Sowjetregierung dafür ein, daß im Mittelpunkt der Arbeiten auch der gegenwärtigen 21. Tagung der Vollversammlung Fragen stehen, deren Lösung die Völker vor Anschlägen auf ihre Souveränität und Unabhängigkeit schützen und zur Niederhaltung der Aggressionskräfte führen würde.

Es kann nicht behauptet werden, daß die Vereinten Nationen in dieser Hinsicht keine Anstrengungen unternommen hätten. Es sind durchaus gute Entscheidungen für die Verteidigung der Rechte der Völker getroffen worden, und zwar bei mehr als einer Gelegenheit.

Aber was folgt auf die Entscheidungen oft? Betrüblicherweise kommt es vor - und nicht einmal selten -, daß solche Entscheidungen Papier bleiben, weil sofort ein Land oder eine Gruppe von Ländern offen oder versteckt eine Haltung einnimmt, welche die Durchführung der im Interesse des Friedens und zum Schutz der wahren Rechte der Völker getroffenen Entscheidungen behindert; und dann ergibt es sich, daß die Vereinten Nationen leerlaufen.

Nehmen wir die Frage der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten. Fragen Sie eine beliebige Delegation in diesem Saale. Sie werden bestimmt keine Erklärungen zu hören bekommen, die den Wert dieser Prinzipien in Zweifel ziehen. In Worten! Was aber geschieht in der Tat? Die Politik der Einmischung in fremde Angelegenheiten verliert nicht nur an Bedeutung, sondern nimmt in einer Reihe von Fällen immer dreistere und gefährlichere Formen an.

Das Eindringen von mehr als 300 000 amerikanischen Soldaten

und Offizieren in Südvietnam, die barbarischen Luftangriffe auf das Territorium der Demokratischen Republik Vietnam, die bewaffnete Einmischung in die Angelegenheiten von Kambodscha und Laos - das ist eine Aggression. Eine Macht, die über große Streitkräfte und moderne Waffen verfügt, hat ein Volk überfallen, das, nachdem es in schwerem Kampf seine Unabhängigkeit erlangte, sich nicht neuen Unterdrückern unterwerfen will. Die ganze Welt hat die Verbrechen, die von der amerikanischen Soldateska in Vietnam verübt werden, gebrandmarkt.

Das Recht des vietnamesischen Volkes auf Frieden, Freiheit und nationale Wiedervereinigung wurde vor zwölf Jahren durch die Genfer Abkommen feierlich bestätigt. Wenn die USA nicht entgegen den Genfer Abkommen gehandelt, wenn sie sich nicht in die inneren Angelegenheiten des vietnamesischen Volkes eingemischt und die Durchführung gesamtnationaler Wahlen in Vietnam vereitelt hätten, so gäbe es heute dort keinen Krieg. Das vietnamesische Volk hätte längst seine inneren Angelegenheiten in Ordnung gebracht und eine Lösung für sie gefunden.

Jeder Staat, wo immer er sich befinden möge, spürt so oder so am eigenen Leibe die Folgen der Aggression im Raum von Indochina. Im Grunde genommen werden alle internationalen Fragen gegenwärtig im Lichte der vietnamesischen Ereignisse betrachtet. Die Berichte vom Kriegsschauplatz haben nicht nur einfach von den ersten Seiten der Zeitungen Besitz genommen, sie stoßen überall die Menschen auf den Gedanken, ob nicht noch eine Generation dazu verurteilt sein wird, Soldatenmäntel anzuziehen.

Aus Washington ergießt sich ein üppiger Wortschwall, mit dessen Hilfe man zu beweisen sucht, daß die USA angeblich einen friedlichen Ausweg aus der entstandenen Lage suchen, daß sie sich fast gegen ihren eigenen Willen in Vietnam befinden und neue Divisionen, Fliegerstaffeln und Kriegsschiffe in den Kampf werfen. Es ist jedoch eine unwiderlegbare Tatsache, daß auf jede sogenannte »Friedensinitiative« Washingtons eine weitere Eskalation der Aggressionshandlungen folgt.

Wovon spricht die Erklärung, die gestern im Namen der Regierung der USA hier, in der Vollversammlung, abgegeben worden ist? Sie spricht davon, daß die Regierung der USA ihren aggressiven Kurs in der vietnamesischen Frage verteidigt, und daß es nach wie vor keine Anzeichen dafür gibt, daß Washington ernstlich beabsichtigt, eine Regelung dieser Frage zu suchen und die Aggression gegen das vietnamesische Volk einzustellen.

Wo soll man die Lösung des vietnamesischen Problems suchen? Ein Programm für eine Regelung in Vietnam, das den Prinzipien des Völkerrechts und den Interessen des Friedens entspräche, existiert. Dieses Programm wurde von der Regierung der Demokratischen Republik Vietnam und der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams vorgeschlagen. Es ist einfach und selbstverständlich: bedingungslose Einstellung der Luftangriffe auf das Territorium der DRV, Abzug aller Streitkräfte der USA und ihrer Verbündeten aus Südvietnam, Abtransport der ausländischen Waffen und Gewährung der Möglichkeit für das vietnamesische Volk, seine inneren Probleme selbst zu lösen. Der Aggressor ist nach Vietnam gekommen, der Aggressor muß von dort wieder abziehen.

Es ist Pflicht eines jeden Staates, einer jeden Regierung, die sich ihrer Verantwortung den Völkern gegenüber bewußt sind, von dieser Tribüne aus das heldenmütige vietnamesische Volk zu unterstützen, die amerikanische Aggression zu verurteilen, ihre bedingungslose Einstellung im Norden und im Süden Vietnams zu fordern und den Abzug aller Streitkräfte der USA und ihrer Verbündeten aus Vietnam zu verlangen.

Die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten, alle Kräfte des Friedens sind auf der Seite des vietnamesischen Volkes und seiner gerechten Sache. Wir haben der Demokratischen Republik Vietnam alle notwendige Hilfe zur Abwehr der Aggression erwiesen und werden das auch weiterhin tun. Jene, die die Verantwortung für den vietnamesischen Krieg tragen, sollten die Bedeutung jener Warnung gebührend einschätzen, die von den sozialistischen Staaten auf ihrer Beratung in Bukarest ausgesprochen wurde, und die entsprechenden Schlußfolgerungen ziehen.

Die Politik der Aggression findet gegenwärtig ihren konzentriertesten Ausdruck in Vietnam. Doch Vietnam ist nicht der einzige derartige Raum. Wir sprachen schon von Laos und Kambodscha. Nicht vergessen darf man die Intervention in der Dominikanischen Republik und die Drohungen, Intrigen und Wühlaktionen gegen die Völker einer Reihe anderer Länder.

Eine große Gefahr für den Frieden bilden die fortgesetzten Provokationen der USA gegen die Republik Kuba. Die Sowjetunion warnte und warnt jene, die sich mit aggressiven Plänen gegen Kuba befassen: Kuba hat treue und zuverlässige Freunde, die die Machenschaften der Feinde der kubanischen Revolution wachsam verfolgen und bereit sind, dem kubanischen Volk im Kampf um seine Freiheit und Unabhängigkeit den nötigen Beistand zu erweisen.

Eingriffe in die inneren Angelegenheiten unabhängiger Staaten, wo immer sie begangen werden, sind eine Bedrohung des Friedens

und der Sicherheit aller Nationen. Die Sowjetunion ist eine Großmacht und ein ständiges Mitglied des Sicherheitsrates: Wir tragen keinen geringen Teil Verantwortung für die Aufrechterhaltung des Weltfriedens.

Die Sowjetunion, die am Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten strikt festhält, erhebt energisch ihre Stimme gegen jene, die den souveränen Rechten der Völker nicht Rechnung tragen und in die internationalen Beziehungen Willkür und Gewalt einzuführen trachten. Gemeinsam mit den anderen Staaten, die für den Frieden eintreten, nutzen wir alle Möglichkeiten, um beliebigen Äußerungen einer Politik der Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Völker eine Abfuhr zu erteilen.

Die Frontlinie im Kampf gegen die Verletzung der Souveränität von Staaten verläuft überall. Dieser Kampf geht in den unterschiedlichsten Formen in allen Kontinenten, auf den verschiedensten Gebieten der internationalen Beziehungen, vor sich. Die Vereinten Nationen sind aufgerufen, in diesem Kampf eine aktive Rolle zu spielen.

Vor einem Jahr nahm die Vollversammlung eine Deklaration an »Über die Unzulässigkeit einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten, über den Schutz ihrer Unabhängigkeit und Souveränität«. Die Mitgliedstaaten der UNO gingen davon aus, daß dieses bedeutsame Dokument ein nützliches Instrument für die Gesundung der internationalen Beziehungen sein kann und muß, daß die Deklaration von den Staaten, die ihre Stimme für sie abgegeben haben, strikt befolgt werden wird. Da faktisch etwas anderes geschieht, etwas, was legitime Besorgnis hervorruft, schlägt die Delegation der UdSSR im Auftrag der Sowjetregierung zur Behandlung durch die 21. Tagung der Vollversammlung als wichtige und dringende Frage folgenden Punkt vor: »Über den Verlauf der Verwirklichung der Deklaration über die Unzulässigkeit der Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten, über den Schutz ihrer Unabhängigkeit und Souveränität«.

Die Behandlung dieser Frage wird der Organisation der Vereinten Nationen die Möglichkeit geben, die Verletzer der Deklaration vor der ganzen Menschheit zu entlarven. Die UNO muß deutlich erklären, daß die Verletzer der Deklaration, die die Souveränität unabhängiger Staaten mißachten, eine schwere Verantwortung für die Folgen auf sich nehmen.

Hier, in der Vollversammlung, wurde wiederholt von der Notwendigkeit gesprochen, deren Arbeit wirksamer und nutzbringender zu gestalten. Hier liegt ein Fall vor, wo dieses geschehen kann und muß.

Wir halten auch die von der Tschechoslowakei vorgeschlagene Frage »Strikte Befolgung des Verbots von Drohungen oder Gewaltanwendung in den internationalen Beziehungen und das Selbstbestimmungsrecht der Völker« für höchst aktuell. Die Sowjetregierung unterstützt voll und ganz die Initiative der Regierung der Tschechoslowakei, die diese wichtige Frage der Vollversammlung zur Behandlung vorgelegt hat.



Botswana im südlichen Afrika. Die frühere britische Kolonie Betschuanaland wurde unabhängig und am 17. Oktober 1966 in die UNO aufgenommen. Botswana hat etwa 800 000 qkm, aber nur rund 350 000 Einwohner.

Analysiert man die Entwicklung der internationalen Lage in der Nachkriegsperiode, besonders in den letzten Jahren, so kann man nicht umhin, zu der Schlussfolgerung zu gelangen, daß als eines der Hauptmittel aggressiver Politik die Militärstützpunkte auf fremden Territorien dienen, die von bestimmten Mächten der westlichen Militärblöcke geschaffen wurden. Viele dieser Stützpunkte sind ein Erbe des Kolonialismus. Es gibt aber auch solche Stützpunkte, die die genannten Mächte auf dem Territorium schwächerer Länder errichten, indem sie ihnen einfach knechtende Verträge aufzwingen.

In erster Linie betrifft dies die Vereinigten Staaten von Amerika, die außerhalb ihrer Grenzen Hunderte von Militärstützpunkten errichteten, ständig auf den Territorien anderer Staaten rund eine Million amerikanischer Soldaten und Offiziere sowie Kern- und Raketenwaffen, Flugzeuge und andere Arten von Rüstungen stationiert haben.

Man könnte eine Fülle von Tatsachen darüber beibringen, wie die ausländischen Stützpunkte von bestimmten Westmächten als Sprungbrett für Aggressionen benutzt wurden, zur Erpressung der Staaten, auf deren Territorium sie stationiert sind, oder sogar von Nachbarländern, zu politischen und ökonomischen Zugeständnissen zum Schaden ihrer eigenen Völker.

Die Logik ist einfach: Wer nicht dem politischen Argument nachzugeben bereit ist, für den ist dann ein wirksameres Argument bei der Hand, d. h. Bomber, Marineinfanterie, Flugzeugträger.

Warum halten gewisse Kreise der Vereinigten Staaten an Basen fest, z. B. in Südvietnam und dort herum, wo doch diese Basen Zehntausende von Meilen von New York und San Franzisko entfernt liegen? Haben sie den Menschen dort Kultur, Fortschritt und Wohlstand gebracht? Nein, das haben sie nicht. Wenn irgendjemand versuchen sollte, die Folgen des Bestehens fremder Militärbasen zu modellieren, so müßte er ein Denkmal der Gewalttätigkeit, der Zerstörung und des Todes schaffen. Militärbasen, die doch nur aggressiven Zielen dienen, brauchen aber nicht Tausende, sondern können auch Hunderte von Meilen von den Vereinigten Staaten entfernt liegen - z. B. in Lateinamerika -, dennoch ist ihr Ziel in der Regel das gleiche.

Eine Reihe von Ländern würden sich gerne von solchen Stützpunkten und knechtenden Abmachungen, durch die sie gebunden sind, befreien. Doch selbst sind sie einstweilen nicht in der Lage, dies zu tun, ihren Forderungen schenkt man kein Gehör. Sie brauchen Unterstützung und nicht zuletzt die der Organisation der Vereinten Nationen.

Vermag die UNO dieses Problem zu lösen oder sollte sich die 21. Tagung der Vollversammlung mit ihm beschäftigen? Haben doch jene, die die genannten Stützpunkte besitzen, dort, wie man zu sagen pflegt, Wurzeln geschlagen, und sie herauszureißen, ist nicht einfach.

Niemand behauptet denn auch, daß die Liquidierung solcher Militärstützpunkte eine einfache Sache sei. Doch selbst eine einfache Sache bewegt sich nicht von der Stelle, wenn man sich nicht darum bemüht. Mögen diese Stützpunkte nicht auf einen Schlag beseitigt werden! Mag dies zuerst in einigen Räumen, in einzelnen Staaten geschehen! Aber diesem Ziel zuzusteuern, ist unerlässlich, wenn die UNO tatsächlich gewillt ist, sich um eine Minderung der internationalen Spannungen und um die Schaffung von Bedingungen zu bemühen, unter denen sich jeder Staat in Sicherheit fühlen wird.

Es handelt sich natürlich nicht um eine formale Verminderung der Zahl der Stützpunkte und anderer militärischer Anlagen im Ausland, wie sie bisweilen von einigen Westmächten zu Reklamezwecken und aus wirtschaftlichen Erwägungen heraus durchgeführt wird. Notwendig ist eine wirkliche Auflösung der Stützpunkte und nicht nur der Anschein einer solchen.

Möglicherweise wird nicht bei allen hier vertretenen Staaten die Art des Reagierens auf unseren Vorschlag die gleiche sein. Wir hoffen, daß die Mehrheit ihm Verständnis entgegenbringen wird. Wir verteidigen hier nicht irgendwelche eigenen engen Interessen. Die Sowjetunion ist eine Macht, die über alles Notwendige verfügt, um ihre Sicherheit zu verteidigen, auch gegen die Drohungen, die von den ausländischen Stützpunkten einiger Teilnehmer der Militärblöcke des Westens ausgehen. Wir lassen uns von umfassenden Interessen leiten - den Interessen des Weltfriedens.

Ein Beschluß über die Beseitigung der amerikanischen Militärstützpunkte auf fremden Territorien würde, unserer Überzeugung nach, den Sicherheitsinteressen der USA keinen Abbruch tun. Wenn die USA sich zu ihrer Auflösung entschlossen, so würde eine solche Handlung nicht auf der Passivseite der amerikanischen Politik gebucht werden. Wo sollte mit der Liquidierung der ausländischen Militärstützpunkte, die Aggressionszwecken dienen, begonnen werden? Möglich und zweckmäßig wäre es, die Lösung dieses Problems mit Asien, Afrika und Lateinamerika zu beginnen. Vielleicht wird sich das als leichter erweisen.

Die Forderung nach Auflösung der ausländischen Militärstützpunkte in Afrika erhebt die Organisation der Afrikanischen Ein-

heit. In dieser Frage nahm die Konferenz der paktfreien Staaten in Kairo eine feste Haltung ein. Viele Staaten hatten eine Lösung dieser Frage auf den vorangegangenen Tagungen der UNO-Vollversammlung und den Sitzungen des 18-Mächte-Ausschusses zu erreichen gesucht. All das berechtigt die Sowjetregierung dazu, eine positive Einstellung der 21. Tagung der Vollversammlung zur Behandlung der Frage zu erwarten, die wir als wichtig und dringlich aufwerfen: »Über die Auflösung der ausländischen Militärstützpunkte in den Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas«. Würde zu dieser Frage ein klarer und präziser Beschluß angenommen, so könnte das einen großen Schritt auf dem Wege zur Festigung der Selbständigkeit der jungen Staaten bedeuten, zu ihrem Schutz vor ausländischer Einmischung, zur Entspannung in der Welt.

In unserem Zeitalter ist die Aufgabe, den Frieden zu festigen und die Aggression, die Politik der Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten abzuwehren, unlöslich mit dem Kampf gegen die Atomgefahr verknüpft. Dieses Problem, eines der ernstesten in der ganzen Geschichte der Menschheit, stand vor der UNO von der Gründung unserer Organisation an. Gleich auf der ersten Tagung der Vollversammlung im Jahre 1946 lenkte die Sowjetregierung die Aufmerksamkeit der Regierungen und Völker auf die Gefährlichkeit der Lage, die mit dem Auftauchen der Kernwaffe entstanden war, und legte das Projekt einer internationalen Konvention über das Verbot der Herstellung und der Anwendung einer Waffe, die auf der Ausnutzung der Atomenergie zum Zweck der Massenvernichtung beruht. Seither beschäftigt sich die UNO ununterbrochen mit dem Problem der Atomwaffe.

Mitunter wird die Meinung laut, daß die Beseitigung der Atomgefahr in erster Linie Sache jener Staaten sei, die Kernwaffen besitzen. Ja, diese Staaten tragen eine besondere Verantwortung, allein schon deswegen, weil nur sie Kernwaffen haben und am besten ihre verheerende Wirkung kennen. Man kann aber nicht bestreiten, daß viel auch von der UNO als Ganzes abhängt.

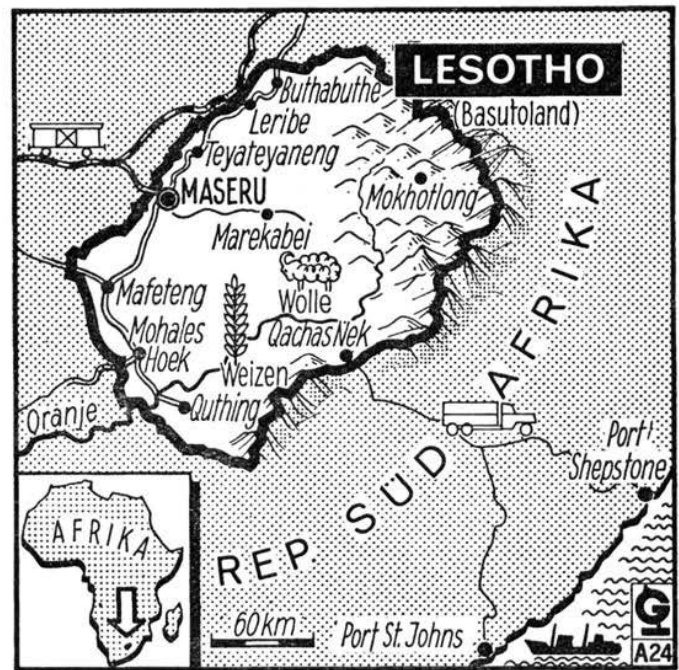
Mit dem Problem, die nukleare Bedrohung zu beseitigen, kann man sich auf verschiedene Weise befassen, z. B. indem man seine Existenz von Zeit zu Zeit in den Protokollen und Resolutionen registriert und dann von einer Tagung der Vollversammlung zur nächsten und von einem Ausschuß zum anderen weiterschiebt. Die sowjetische Regierung kann ein solches Verfahren nicht gutheißen. Die Vereinten Nationen sollten nicht nur daran arbeiten, ihre Archive zu vergrößern, indem sie sie in eine Art Friedhof für die Bestattung von Vorschlägen und Plänen verwandeln, die doch der Lösung eines der entscheidendsten Probleme, denen die Menschheit gegenübersteht, dienen sollten. Wir rufen nach neuen Methoden in dieser Sache. Die Vereinten Nationen haben das Recht, ihre Auffassung zu der Frage, auf welche Weise die nukleare Bedrohung beseitigt werden kann, klar und deutlich so zu sagen, daß jene, die dagegen sind, den Standpunkt der Vereinten Nationen zu ignorieren nicht imstande wären.

Welche Aspekte des Kernwaffenproblems rücken heute in den Vordergrund? Eine Antwort auf diese Frage gab die vorhergegangene Tagung der Vollversammlung, indem sie die Frage der Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen zu einem der wichtigsten Punkte der Tagesordnung machte. Diese Antwort ist zweifelsohne auch jetzt richtig.

Im vorigen Jahr wurde eine gute Resolution angenommen, die alle Staaten dazu aufrief, die notwendigen Schritte zum Abschluß eines Vertrages zu unternehmen, der keinerlei Hintertüren für die Weiterverbreitung von Kernwaffen, direkt oder indirekt und in beliebiger Form, offenlasse. Jedoch gibt es bis jetzt noch keinen solchen Vertrag, während die Wahrscheinlichkeit, daß zu den fünf Atommächten immer neue Staaten hinzukommen werden, wächst und sich schon fast konkret analysieren läßt.

Es ist jedem klar, daß, wenn sich die weitere Verbreitung der Kernwaffen fortsetzt, sie - um das Mindeste zu sagen - unwiderföhrlich sein könnte. Ein entsprechender internationaler Vertrag, mit bestimmten Verpflichtungen für die Staaten, könnte ein wirkungsvolles Mittel sein, die weitere Verbreitung von Kernwaffen zu bekämpfen.

Es ist für niemanden ein Geheimnis, warum es bisher nicht gelungen ist, einen Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen zu vereinbaren. Kaum hatten alle Staaten in New York der guten Resolution zu dieser Frage zugestimmt, als in Genf einige Mächte nach eben jenen Hintertüren für die Weiterverbreitung von Kernwaffen zu suchen begannen, gegen die sich die UNO unzweideutig gewendet hatte. Um wessentwillen dies geschieht, ist jedermann bekannt: der Bundesrepublik Deutschland wegen. Das aber gibt uns allen nur Anlaß zu doppelter und dreifacher Besorgnis. In Westdeutschland werden bereits Vorbereitungen getroffen für den Übergang seiner Armee zur Bewaffnung mit Kern- und Raketenwaffen. Die von Hitlergeneralen großgezogenen militärischen Kader werden im Umgang mit Kernwaffen und Raketen geschult. In der Bundesrepublik Deutschland entwickelt sich eine Basis für eine eigene Atomindustrie, Forschungsarbeiten werden betrieben, die Produktion und die Be-



Lesotho, seit dem 17. Oktober jüngstes Mitglied der UNO. Früher als Basutoland britische Kolonie. Kleinstaat mit 700 000 Einwohnern auf einer Fläche von der halben Größe Bayerns.

lieferung mit Kernmaterial ist in Gang gebracht. Und wer wüßte nicht, daß die Führer der Bundesrepublik Deutschland geradezu darauf versessen sind, an der Verfügungsgewalt über Kernwaffen im Rahmen der NATO teilzuhaben?

Diese militärische Sucht hat ihre Wurzeln in der Ideologie, in der Politik und der ganzen Mentalität jener, die den auf Expansion und Versklavung anderer Völker abzielenden Kurs Deutschlands vor dem Kriege bestimmten. Das, was heute in der Bundesrepublik Deutschland vor sich geht, erinnert in vielem an den Weg, den Deutschland in der Vergangenheit schon mehr als einmal beschritten hat. Die herrschenden Kreise der Bundesrepublik Deutschland haben, wie bei einem Stafettenlauf, die Losungen und Direktiven übernommen, um derenwillen zuerst die preußischen Junker und dann die hitlerischen Aggressoren zweimal in Europa ein Blutbad anrichteten, bevor sie sich das Genick brachen. Diese Losungen sind allen bekannt: »Gleichberechtigung« in der Aufrüstung, Schaffung einer Angriffsarmee, völlige Veränderung der europäischen Grenzen.

Jene, die aus den Lehren der Vergangenheit nichts gelernt haben, berufen sich mitunter darauf, daß Westdeutschland in militärischer Hinsicht weit schwächer als die Sowjetunion ist und erst recht als alle sozialistischen und friedliebenden Länder zusammengenommen. Das ist natürlich richtig. Und wir möchten von dieser Tribüne aus nicht davon sprechen, was Westdeutschland auf sich ziehen würde, wenn militaristischer und chauvinistischer Wahn den Verstand seiner Führer trüben und sie zu einer Wahnsinnstat treiben würde. Richtig ist aber auch etwas anderes: Wenn die Bundesrepublik Deutschland auch nicht imstande ist, einen Krieg zu gewinnen, so ist sie doch imstande, ihn zu entfesseln, wenn die Vernunftwidrigkeit in der Politik alle Grenzen überschreitet. Ebendarum hat sich die Frage der Gewährleistung der europäischen Sicherheit jetzt so zugespitzt.

Es hat sich historisch so herausgebildet, daß die Lage der Dinge in Europa die Interessen aller Mitgliedstaaten der UNO berührt. Denn auch dann, wenn andere internationale Spannungszentren entstehen, dient Europa nach wie vor gleichsam als Barometer für das weltpolitische Wetter, und die Antwort Europas auf die Frage Krieg oder Frieden ist in vieler Hinsicht ausschlaggebend.

Wenn irgendeine Regierung oder ein Staatsmann eines Landes, das Tausende von Meilen von Europa entfernt liegt, die europäischen Angelegenheiten für entlegen und deshalb für nicht beachtenswert hält, so sollte der Zweite Weltkrieg diesem Denken ein Ende gemacht haben. Fast alle Staaten, mit wenigen Ausnahmen, so weit sie auch von Europa entfernt lagen, waren in den Krieg direkt oder indirekt verwickelt.

Die Völker, die gegen den Faschismus kämpften, vollbrachten Heldentaten im Zweiten Weltkrieg nicht nur für das Ziel, auf dem Schlachtfeld zu gewinnen. Der Kampf galt auch dem zukünftigen Frieden in Europa und der Verhinderung eines dritten Weltkrieges - und dieser Kampf geht immer noch weiter.

Die Sowjetunion wie auch die anderen sozialistischen Länder hal-

ten es für ihre unmittelbare Pflicht, alles von ihnen Abhängige zu tun, um Europa vor der Gefahr verheerender Kriege zu bewahren und der friedlichen Zusammenarbeit zwischen allen europäischen Ländern, unabhängig von ihrer Gesellschaftsordnung, weiten Raum zu geben. Ein umfassendes und realistisches Programm zur Lösung dieser Probleme legte die unlängst abgehaltene Beratung der Teilnehmerländer des Warschauer Vertrages vor, die eine Deklaration zur Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa annahm. Von den Maßnahmen, die von den sozialistischen Ländern zur Festigung der europäischen Sicherheit vorgeschlagen wurden, möchte ich in diesem Zusammenhang zwei hervorheben: die Sicherung der Unverrückbarkeit der bestehenden europäischen Grenzen und die Nichtzulassung revanchistischer Kräfte zu den Kernwaffen. Ohne Erfüllung dieser Bedingungen kann es keinen stabilen Frieden und keine Sicherheit in Europa und jenseits seiner Grenzen geben.

Eine echte Sicherheit für die europäischen Völker kann nur in dem Fall gewährleistet werden, wenn dieses Problem auf gesamt-europäischer Grundlage, auf der Grundlage der Zusammenarbeit der Staaten, die sowohl in Ost- als auch in Westeuropa liegen, gelöst wird. Der europäische Frieden kann nicht als gesichert betrachtet werden, wenn in Europa eine militärische Staaten-gruppierung einer anderen gegenübersteht, wenn von beiden Seiten Berge von Waffen angehäuft und Truppen konzentriert werden. Eine solche Lage widerspricht den Interessen der Völker Europas und nicht nur Europas. Sie ist nur solchen Kräften von Vorteil, die Europa gerne ständig im Zustand der Spannungen halten möchten, wobei sie ihre eigenen, den Sicherheitsinteressen der europäischen Völker abträglichen Interessen verfolgen.

Eine Nation, die beständig an den Krieg denkt und ihn vorbereitet, muß sich mit Notwendigkeit eines Tages im Krieg befinden, da die angesammelten materiellen und geistigen Energien sich endlich nur in einem offenen Konflikt entladen können.

v. Clausewitz

Die Sowjetunion wie auch die anderen sozialistischen Staaten sind bereit, sich zusammen mit allen Staaten Europas an den Verhandlungstisch zu setzen, um die aktuellen Probleme der europäischen Sicherheit zu erörtern.

Wir schließen von solchen Verhandlungen keinen einzigen Staat aus, auch nicht die Bundesrepublik Deutschland, wenn sie sich bereit erklärt, an ihnen teilzunehmen.

Die Sowjetregierung ist weit davon entfernt, sich von irgendwelcher Voreingenommenheit gegenüber der Bundesrepublik Deutschland leiten zu lassen, zu der wir gute Beziehungen herstellen möchten, und ist weit entfernt von Bestrebungen, sie, im Vergleich zu anderen Staaten, in eine nicht gleichberechtigte Lage zu bringen.

Dies betrifft auch ganz und gar die Frage des Verbreitungsstopps von Kernwaffen. Kein Volk und kein Land, das durch die Unterzeichnung eines Kernwaffensperrvertrages irgend etwas verlieren oder irgendeiner Sache beraubt würde! Alle werden daraus Nutzen ziehen, da ja die Sache des Friedens gefördert wird.

Gibt es Chancen für den Abschluß eines Vertrages über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen?

Wir sind der Meinung, daß es sie gibt. Dafür ist aber natürlich notwendig, daß die Vereinigten Staaten von Amerika - deren Vertreter anerkennen, daß die Weiterverbreitung von Kernwaffen auch für das amerikanische Volk eine Gefahr in sich birgt, und die auch erklären, die USA seien sich klar über die Verantwortung, die ihnen der Besitz von Kernwaffen auferlegt - ihre praktischen Schritte in Übereinstimmung mit diesen Erklärungen bringen. Nur das ist erforderlich.

Was die Sowjetregierung betrifft, so bleibt ihre Haltung unverändert: Wir sind bereit, die Suche nach Lösungen, die es ermöglichen würden, einen Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen zu unterzeichnen, fortzusetzen. Wir leihen allen konstruktiven Erwägungen aufmerksam unser Ohr, auch der Meinung jener Staaten, die über keine Kernwaffen verfügen.

Unserer Meinung nach könnten die Verhandlungen über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen in verhältnismäßig kurzer Frist abgeschlossen werden. Inzwischen ist es wichtig, daß niemand Schritte unternimmt, die direkt oder indirekt zur Weiterverbreitung von Kernwaffen führen. Darum unterbreitet die

Sowjetregierung zur Erörterung durch die Vollversammlung die Frage »Über den Verzicht der Staaten auf Handlungen, die die Erzielung einer Vereinbarung über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen erschweren«.

Wir gehen davon aus, daß die von uns angeregte Frage den Wünschen der Mehrzahl der UNO-Mitgliedstaaten entspricht, dem Ausbau und der Ergänzung des von der Vollversammlung auf ihrer vorhergegangenen Tagung angenommenen Beschlusses dient.

Die volle Aufmerksamkeit der Vollversammlung erfordert auch das gesamte Abrüstungsproblem, über dessen Bedeutung in den vier Wänden der UNO wohl schon alles gesagt wurde, was sich nur sagen ließ. Die grimmige Wahrheit besteht darin, daß, wenn auf dem Gebiet der Abrüstung praktisch nichts getan wird, sich das Wettrüsten von Jahr zu Jahr in einer immer steiler aufsteigenden Kurve verstärkt. Das Bild des Wettrüstens läßt sich mit einem auf die Spitze gestellten, sich rasch drehenden Kegel vergleichen, die Arbeit des 18-Staaten-Ausschusses, die schon fünf Jahre andauert, dagegen mit der monotonen Bewegung in einem geschlossenen Kreis.

Mehrfach sind hier schon die Ursachen dieser Lage aufgedeckt worden. Es gibt Großmächte, deren Regierungen keine Abrüstung wollen.

Wir lehnen jene pessimistische Philosophie ab, die behauptet, die Welt sei überhaupt nicht imstande, mit dem Wettrüsten fertig zu werden. Eine solche Einstellung ist nur für jene bequem, die ihre Politik des Wettrüstens zu bemänteln suchen. Gäbe es keinen Kampf um Abrüstung, keine Anstrengungen seitens vieler Länder, die eine Lösung dieses Problems anstreben, ein Abkommen sowohl über einzelne Maßnahmen als auch über ein umfassendes Programm allgemeiner und vollständiger Abrüstung zu erzielen suchen, wie wäre dann die Lage in der Welt? Sie wäre noch komplizierter und gefährlicher.

Man kann mit Bestimmtheit sagen, daß, wenn alle Staaten sich ihrer Verantwortung für die Erhaltung des Friedens bewußt wären, das Abrüstungsproblem bereits gelöst sein würde. Die UNO kann und muß die Kraft aufbringen, den Abrüstungsverhandlungen neuen Auftrieb zu geben.

Die gegenwärtige Stagnation in diesen Verhandlungen unterstreicht die Aktualität der Idee, eine Weltabrüstungskonferenz unter Teilnahme aller Staaten der Welt einzuberufen.

Keine einzige Gelegenheit sollte verpaßt werden, Material und Menschenmittel, die Errungenschaften von Wissenschaft und Technik, den Geist der Wissenschaftler, die Tüchtigkeit der Ingenieure und Arbeiter zum Wohle der Menschheit anstatt für das Wettrüsten einzusetzen.

Die Organisation der Vereinten Nationen ist aus dem Kampf der Völker gegen die faschistischen Unterjocher entstanden. Ihre Berufung ist es, jedem Volk Beistand zu leisten, das für seine Freiheit und Unabhängigkeit kämpft.

Mit jedem Jahre erzielen die Völker neue Siege bei der Ausmerzung des Kolonialsystems. Heute hat der Kolonialismus nur noch im südlichen Teil Afrikas einen großen Brückenkopf zurückbehalten. Doch auch hier, wie auf allen anderen Territorien, deren Völker noch nicht ihre nationale Befreiung erlangt haben, ist der Kampf gegen die Kolonialherren in vollem Gange. Die sowjetischen Menschen sind auf der Seite jener, die in Angola, Moçambique und Portugiesisch-Guinea, in Südwestafrika und in Südarabien für ihre Freiheit und Unabhängigkeit kämpfen und in Rhodesien ihre menschliche, staatsbürgerliche und politische Würde im Kampf gegen die Rassenhetzer verteidigen. Wir sind zutiefst überzeugt, daß ausnahmslos alle Völker der Kolonien den Sieg erringen werden und daß die Stunde dieses endgültigen Sieges nicht fern ist.

Die UNO-Deklaration über die Gewährung der Unabhängigkeit an die Kolonialländer und -völker, die Anerkennung der Legitimität des nationalen Befreiungskampfes, die Beschlüsse über die Notwendigkeit, der nationalen Befreiungsbewegung in den kolonialen Gebieten moralische und materielle Hilfe zu erweisen, die Verurteilung der Tätigkeit der internationalen kapitalistischen Monopole, die Erklärung des Kolonialismus und Rassismus zu Verbrechen gegen die Menschlichkeit - all das ist ein realer politischer Beitrag der UNO zur Liquidierung der Kolonialregime. Doch heute genügt das bereits nicht mehr.

Nach Meinung der Sowjetregierung ist es die direkte Pflicht der Vollversammlung, Beschlüsse zu fassen, die dazu beitragen, das Jahr 1967 zu einem Jahr der völligen und endgültigen Abschaffung des Kolonialregimes zu machen. Schon in den ersten Tagen der Arbeit der jetzigen Tagung der Vollversammlung wird die Frage der Beseitigung der rassenfeindlichen Fremdherrschaft über Südwestafrika zur Behandlung stehen. Die Sowjetunion ist bereit, die Initiatoren dieses Antrags - die unabhängigen afrikanischen Staaten - zu unterstützen. Im Kampf gegen die Rassenhetzer und ihre Schirmherren ist das Recht auf Seiten des freien Afrikas.

Die Organisation der Vereinten Nationen muß sich auch fest und entschlossen gegen Erscheinungen einer neokolonialistischen Politik wenden - gegen die Politik einer neuen Versklavung der

Völker, die in schwerem Kampf ihre politische Unabhängigkeit erlangt haben, sich aber aus der eisernen Umklammerung ökonomischer Abhängigkeit noch nicht befreit haben. Die sicherste Gewähr eines Erfolges der Völker in ihrem weiteren Kampf um Freiheit und Unabhängigkeit sind gemeinsame entschlossene Aktionen aller antikolonialen Kräfte.

Interessante, für die Völker wichtige Aufgaben liegen vor der UNO auf dem Gebiet der Entwicklung einer friedlichen wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen, kulturellen und anderer Zusammenarbeit zwischen den Staaten. Aber auch hier verläuft nicht alles glatt. So hat zum Beispiel die erste Konferenz der UNO für Handel und Entwicklung Prinzipien für gleichberechtigte Handelsbeziehungen zwischen allen Staaten ausgearbeitet. Das ist in vieler Hinsicht das Ergebnis des Zusammenwirkens der sozialistischen und der Entwicklungsländer, die für wahre Gleichberechtigung, für die Beseitigung jeder Diskriminierung im internationalen Handel eintreten. Bei bestimmten Großmächten aber ist die Gewohnheit allzu zahl, den Handel als eine Form der Ausplünderung wirtschaftlich weniger entwickelter Länder zu betrachten. Die Mächte haben sich die Aufgabe gestellt, die Umstellung des Welthandels auf eine gerechtere Grundlage zu vereiteln. Was die Sowjetunion betrifft, so ist sie bereit, mit allen Staaten zusammenzuarbeiten, um die Verwirklichung der von der ersten Konferenz angenommenen Beschlüsse zu erreichen und weiterzugehen zu einer umfassenden Normalisierung des Welthandels.

Die Vereinten Nationen erörtern seit 20 Jahren soziale Fragen. Jene Menschen, die die Erfüllung der Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen fordern, welche die edlen Grundsätze der Gleichheit der Nationen, ob groß oder klein, und die Achtung vor den Menschenrechten, ungeachtet von Rasse, Geschlecht, Sprache und Religion verkündet, sind immer auf die starre Gegnerschaft der alten Welt gestoßen, der Welt der Ungleichheit und der Unterdrückung der Völker. Doch die Vereinten Nationen haben noch nicht ihr letztes Wort in dieser Angelegenheit gesprochen. Zusammen mit jedem, dem Gerechtigkeit und Würde eines jeden menschlichen Wesens, in welchem Land oder auf welchem Kontinent es leben mag, teuer sind, werden wir für die Annahme von wirkungsvollen Entscheidungen durch die Vereinten Nationen über internationale soziale Fragen arbeiten.

In den letzten Jahren hat sich der Menschheit eine völlig neue Richtung in der Entwicklung der Zivilisation offenbart: die Erschließung des kosmischen Raums und der Himmeiskörper. Unser Volk ist stolz darauf, daß es als erstes den Weg zur Erschließung des Weltalls betreten hat.

Schon werden ermutigende Perspektiven sichtbar, den Kosmos im Interesse der Menschen zu nutzen. Hier handelt es sich um Ultrafernverbindungen, um kosmisches Fernsehen, einen zuverlässigen Wetterdienst, und das ist noch nicht das letzte Wort. Es ist natürlich, daß die Frage nach der Zusammenarbeit der Staaten bei der Erforschung und friedlichen Erschließung des kosmischen Raums auftaucht. Die Sowjetunion ist zu einer solchen Zusammenarbeit bereit und geht davon bei den in Gang befindlichen Verhandlungen aus.

Ein bedeutender und unerlässlicher Schritt in dieser Richtung wäre die Festlegung völkerrechtlicher Normen für die Tätigkeit der Staaten im Kosmos. Die Regierung der UdSSR hat zu diesem Zweck den Abschluß eines entsprechenden internationalen Vertrages vorgeschlagen. Die sowjetische Delegation gibt ihrer Hoffnung Ausdruck, daß die Vollversammlung dieser Frage gebührende Aufmerksamkeit schenken wird.

Die einundzwanzigste Tagung der Vollversammlung kündigt das dritte Jahrzehnt des Bestehens und der Tätigkeit der Vereinten Nationen an. Die Aufgaben, denen sie sich auf dem Gebiet der weltweiten Friedenswahrung und der Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit gegenübersehen, werden eher verwickelter und schrecklicher als einfacher. Daß die Körperschaften der Vereinten Nationen nicht immer in der Lage sind, unmittelbare Antworten auf Fragen zu geben, die vom Leben gestellt werden, ist aber nicht nur durch die Verwickeltheit dieser Aufgaben verursacht.

Die Hauptverantwortung für die Erhaltung des internationalen Friedens und der Sicherheit übertrug die UNO-Charta dem Sicherheitsrat. Der Sicherheitsrat jedoch registriert bestenfalls die internationalen Krisen, und auch das nicht immer. Die Verantwortung für den anomalen und widernatürlichen Stand der Dinge im Sicherheitsrat tragen jene Großmächte, die bestrebt sind, in der UNO ihre eigenen, engen Ziele durchzusetzen, die mit den Interessen der Festigung des Weltfriedens nichts zu tun haben.

Wir sind jedoch weit entfernt von der Schlußfolgerung, daß man den Sicherheitsrat als zur Untätigkeit verurteilt betrachten muß. Die in der Vollversammlung vertretenen Staaten haben genügend Möglichkeiten, diesem außerordentlich wichtigen Organ der UNO mehr Leben einzuhauchen und seine wie auch die Rolle der Organisation der Vereinten Nationen auf die Höhe der von der UN-Charta gestellten Aufgaben zu heben.

Hierfür ist in erster Linie erforderlich zu gewährleisten, daß alle

Mitgliedstaaten der UNO die Bestimmungen ihrer Charta strikt befolgen, daß niemand mehr Lust hat, sie zu verletzen, wie es in der Vergangenheit nicht selten vorkam.

Dafür, wie aktuell dies ist, spricht die Tatsache, daß immer wieder für die Aufstellung irgendwelcher Streitkräfte außerhalb des Rahmens des Sicherheitsrates, d. h. im Gegensatz zur UN-Charta, Stimmung gemacht wird. Solche Streitkräfte würden einer engen Gruppe von Staaten zur Verfügung stehen, ihren besonderen Interessen dienen und ein Mandat zur Erfüllung internationaler Polizeifunktionen besitzen. Bestimmten Kreisen ist ein solches Vorhaben ganz nach ihrem Geschmack. Die Sowjetunion wendet sich zusammen mit allen Staaten, denen die Freiheit und Unabhängigkeit der Völker am Herzen liegen, kategorisch gegen beliebige Pläne dieser Art und wird das auch künftig tun.

Die UNO darf nicht nur keine Verletzungen ihrer eigenen Verfassung - der Charta - zulassen. Ihr obliegt es, das System der Normen des Völkerrechts, auf denen die friedlichen Wechselbeziehungen zwischen den Staaten basieren, zu schützen. Der Kampf für die unbedingte Befolgung der Normen des Völkerrechts seitens aller Staaten, unabhängig davon, ob sie groß oder klein sind, erlangt unter den heutigen Bedingungen besondere Bedeutung.

Das heißt aber, daß die UNO den Staaten helfen muß, die internationalen Beziehungen von den Schlacken des kalten Krieges zu reinigen und in erster Linie sich von Problemen freizumachen, die die Lage verschärfen - wie beispielsweise die sogenannte Korea-Frage. Der einzige nützliche Beschluß, den die UNO in dieser Frage fassen kann, wäre, alle ausländischen Truppen unverzüglich aus Südkorea abzuziehen und die unglückselige »UNO-Kommission für die Wiederherstellung und Wiedervereinigung Koreas« aufzulösen. Das koreanische Volk wird, wenn man aufhört, sich einzumischen, selber friedliche Wege zur Regelung seiner innerpolitischen Probleme finden, wozu die Regierung der Koreanischen Volksdemokratischen Republik konsequent aufruft. Die Delegationen der sozialistischen Länder haben im Auftrag ihrer Regierungen der 21. Tagung der Vollversammlung die Frage »Über den Abzug aller amerikanischen und anderen ausländischen Truppen, die unter der UNO-Flagge Südkorea okkupieren, und über die Auflösung der UNO-Kommission für die Wiedervereinigung und Wiederherstellung Koreas« zur Behandlung vorgelegt.

Wir geben der Hoffnung Ausdruck, daß die Vollversammlung in dieser Frage eine Entscheidung in Übereinstimmung mit den Interessen der Rechte des koreanischen Volkes und den Interessen des Friedens im Fernen Osten treffen wird.

Die Rolle der UNO in der internationalen Gemeinschaft erhöhen, bedeutet auch, sie in eine universale Organisation zu verwandeln. Jegliche politische Diskriminierung von Staaten, die die Bereitschaft bekunden, die in der UN-Charta enthaltenen Verpflichtungen zu erfüllen, versetzt in erster Linie der Organisation der Vereinten Nationen selber einen Schlag.

Gegenwärtig steht ein Antrag der Deutschen Demokratischen Republik um Aufnahme in die Organisation der Vereinten Nationen zur Debatte. Unzweifelhaft würde die Beteiligung eines friedliebenden deutschen Staates - der Deutschen Demokratischen Republik -, der einen so bedeutenden Beitrag zur Gewährleistung der europäischen Sicherheit geleistet hat, an der Arbeit der UNO die Möglichkeiten unserer Organisation erweitern und den Nachdruck ihrer Aktionen steigern. Es wäre richtig, gleichzeitig auch den anderen deutschen Staat - die Bundesrepublik Deutschland - in die UNO aufzunehmen.

Die Sowjetunion spricht sich auch dafür aus, daß endlich der widernatürliche Zustand beendet wird, daß die Volksrepublik China ihrer legitimen Rechte in der UNO beraubt ist und ihren Platz Vertreter der Tschiang-Kai-schek-Clique einnehmen, die vom chinesischen Volk abgelehnt worden ist und die von einer ausländischen Macht ausgehalten wird. Die legitimen Rechte der Volksrepublik China müssen wiederhergestellt und die Tschiang-Kai-schek-Leute aus allen UNO-Organen verjagt werden.

Wir nehmen die Gelegenheit wahr, um die große positive Rolle hervorzuheben, die der Generalsekretär der UNO, U Thant, in der Tätigkeit der Organisation der Vereinten Nationen gespielt hat. Wenn er seiner Bereitschaft Ausdruck geben würde, seine Arbeit auf dem Posten des Generalsekretärs fortzusetzen, so würde dies völlig den Wünschen der Sowjetregierung entsprechen.

In der Organisation der Vereinten Nationen sind Staaten mit unterschiedlichen sozialen Systemen vertreten. Sie beurteilen die Perspektiven der historischen Entwicklung, die Wege zur Lösung der innerpolitischen Probleme der Staaten unterschiedlich. Die sowjetischen Menschen haben ihre eigenen Anschauungen. Wir sind von deren Richtigkeit überzeugt. Sie kommen in der Praxis des kommunistischen Aufbaus zum Ausdruck, in den Beschlüssen des XXIII. Parteitags der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, der auch die außenpolitischen Aufgaben unseres Landes bestimmte, und in jenen bedeutenden sozialökonomischen Leistungen, auf denen das Leben der sowjetischen Gesellschaft beruht. Wir nötigen niemandem unsere Überzeugungen, unseren Weg auf.

Keine einzige sowjetische Rakete, keine einzige Kanone ist gegen die Gesellschaftsordnung anderer Länder und Völker gerichtet. Ihre inneren Angelegenheiten sind ihre eigene Sache. Möge aber niemand die Absicht haben, sich in unsere Angelegenheiten, in die Angelegenheiten unserer Freunde und Verbündeten einzumischen! Wenn alle Staaten diese prinzipielle Linie einhalten werden, wird der Frieden auf der Welt zuverläßig gewährleistet sein.

Der konsequente Kurs der Sowjetunion auf Sicherung des Weltfriedens trat deutlich während der bekannten Taschkenter Zusammenkunft zutage, deren Ergebnis die Beilegung eines gefährlichen militärischen Konflikts zwischen zwei großen Staaten Asiens, Indien und Pakistan, war.

Die Sowjetunion suchte nichts für sich selbst auf der Konferenz von Taschkent. Noch suchen wir irgendwelche einseitigen Vorteile während dieser Tagung der Vollversammlung für uns selbst, wenn wir eine Anzahl aktueller Fragen im Interesse der Verminderung von Aggression und der Bekämpfung aggressiver Politik vorbringen.

In der Organisation der Vereinten Nationen wie auch überall in der Welt treten die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder für den Frieden zwischen den Völkern ein, für die Respektierung der Souveränität, Unabhängigkeit und territorialen Integrität aller Staaten sowie für die Unterstützung der Völker, die um ihre nationale Freiheit kämpfen. Diese prinzipiellen Grundlagen unserer Außenpolitik sind unlösbar verbunden mit der sozialistischen Gesellschaftsordnung in unserem Lande, die keinen Spielraum läßt für die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, bei der niemand an der Aufrechterhaltung der internationalen Spannungen und an Kriegen interessiert ist und interessiert sein kann, in der jedoch ein natürliches Bedürfnis nach dauerhaftem Frieden besteht, da die großartigen Pläne des kommunistischen Aufbaus friedliche Verhältnisse für ihre Verwirklichung verlangen.

Wir proklamieren nicht nur die Grundsätze der friedlichen und rechtschaffenen Beziehungen der Staaten untereinander, wir setzen auch all unsere internationale Geltung ein, diese gerechte Sache zu verteidigen und die Sicherstellung dieser Grundsätze in den täglichen internationalen Beziehungen zu erreichen. Hierin finden auch die Natur unseres sozialistischen Systems und der tiefe Humanismus seiner Ideale ihren Ausdruck.

Die Sowjetunion lehnt einen Zustand ab, bei dem ein kleines Land nur deshalb, weil es klein ist, keine Gleichberechtigung genießt, in Bedingungen der Unterordnung und der Abhängigkeit versetzt wird, einen Zustand, bei dem das Prinzip der friedlichen Koexistenz nur in den Beziehungen zwischen den vorwiegend großen Staaten Berücksichtigung findet, aber sobald es sich um Beziehungen zwischen einer Großmacht und kleinen Ländern handelt, keinen Pfifferling wert ist.

Die Vielfalt der Ereignisse im internationalen Leben stellt jede Tagung der UNO-Vollversammlung vor eine Fülle verschiedenster Fragen. Wir müssen unsere Aufmerksamkeit auf jene Probleme konzentrieren, deren Lösung erreichbar ist und tatsächlich zur Minderung der Spannungen beitragen kann.

Wir sind von dem Bewußtsein durchdrungen, daß dies auch die Mehrzahl der hier vertretenen Regierungen erstrebt, und blicken daher mit beträchtlicher Zuversicht auf die Perspektiven der bevorstehenden Arbeit.

Wortlaut der Rede des französischen Außenministers Couve de Murville vor der Vollversammlung am 28. September 1966

Herr Präsident, die französische Delegation legt gleich zu Beginn ihres Eingreifens in die allgemeine Diskussion darauf Wert, Ihnen zu sagen, welche Genugtuung sie empfindet, daß die Vollversammlung in diesem Jahr unter Ihrer hohen Leitung tagt. Frankreich ist lange genug mit Afghanistan befreundet, um nicht darüber Freude zu empfinden, daß dem Vertreter dieses Landes ein solches Amt anvertraut wurde. Ihre Persönlichkeit, Ihre Erfahrung und Objektivität sind andererseits allen zu gut bekannt, und besonders uns, um darin nicht die Gewähr zu sehen, daß Ihr Mandat unter den besten Bedingungen ausgeübt wird.

Unsere Vollversammlung, die so durch ein Zusammentreffen von Umständen, das symbolisch erscheint, von Anfang an im Zeichen Asiens steht, beginnt unter ganz anderen Voraussetzungen, die zugleich einfacher und dramatischer sind als die, unter welchen sie im letzten Jahr zusammentrat.

Wir standen damals am Ende einer Krise ihrer Tätigkeit; sie wurde scheinbar durch die finanziellen Schwierigkeiten der Organisation ausgelöst, in Wirklichkeit aber durch die bei vielen, einschließlich bei ihren wichtigsten Mitgliedern in Erscheinung getretenen sehr verschiedenen Auffassungen über die Auslegung oder Anwendung der wesentlichsten Bestimmungen der Charta hinsichtlich der Vollmachten der Vollversammlung und des Sicherheitsrates. Die Dinge entwickelten sich so weit, daß wir 1964 zu keiner Vollversammlung zusammentreten konnten. 1965 kamen wir dann wieder in einer Atmosphäre des Sichwiederfindens zu-

sammen, die uns veranlaßte, die Probleme in den Vordergrund zu stellen, welche die Krise hervorriefen.

Mit der Zeit war es möglich, diese Probleme in einem richtigen Licht zu sehen, und deshalb haben die Vereinten Nationen heute ganz andere Sorgen, nämlich die, die sich aus der internationalen Lage ergeben und die normalerweise in erster Linie ihre Sorgen sind.

Man kann deshalb nicht unbedingt behaupten, daß alles, was am 1. September 1965 Gegenstand einer Notentschließung unserer Vollversammlung war, jetzt endgültig geregelt werden konnte. Wir wissen in der Tat sehr wohl, daß die Finanzierung von Operationen zur Aufrechterhaltung des Friedens immer noch Anlaß zu zahlreichen Kontroversen gibt und daß die Versuche, die letztlich unternommen wurden, um die Arbeiten der Dreiunddreißiger-Kommission wenigstens zu einem vorläufigen Abschluß zu bringen, völlig gescheitert sind. Wir wissen auch, daß in der Finanzbilanz der Vereinten Nationen noch immer ein Defizit besteht, selbst wenn es weit unter den früher angegebenen Zahlen liegt. Doch selbst wenn wir alle diesen beiden Fragen Bedeutung beimessen, und selbst wenn wir nicht vergessen, daß gewisse befreundete Delegationen - ich denke natürlich vor allem an Kanada und Irland - besonderen Wert darauf legen, die erste dieser Fragen zu lösen, sind wir uns auch wohl bewußt, daß niemand die Operationen vermehren will und daß in Wirklichkeit niemand eine neue Intervention beabsichtigt und, wie ich hoffe, bis auf weiteres beabsichtigen wird.

Wir hoffen ferner, daß eine möglichst baldige und in einem Geist allgemeinen guten Willens stattfindende Erörterung des Berichtes der Sonderfinanzkommission der Vierzehn uns gestatten wird, sowohl neue Mittel freizumachen als auch die Beschlüsse zu treffen, die in Zukunft für eine bessere Verwaltung der administrativen und finanziellen Angelegenheiten der Vereinten Nationen und ihrer Sondereinrichtungen erforderlich sind. Frankreich meint, daß die beiden Teile des Berichtes zusammengehören. Es wird ihn unter diesem Vorbehalt prüfen, mit dem Wunsch, zusammen mit allen an den erforderlichen Maßnahmen teilzunehmen.

Ich füge hinzu, daß wir Franzosen es nicht unterlassen können, all das sehr ernst in Erwägung zu ziehen, was den Gebrauch der französischen Sprache in diesem großen internationalen Forum betrifft. Wir glauben, unter Berücksichtigung der diesbezüglich schon zu Beginn über unsere Arbeitssprachen getroffenen Beschlüsse, und der Vermehrung der Zahl der französischsprachigen Nationen, daß die sich seither entwickelte Lage keineswegs zufriedenstellend ist. Selbst wenn in letzter Zeit auf nachdrückliches Verlangen der betreffenden Delegationen gewisse Fortschritte erzielt worden sind, bleibt noch viel zu tun übrig, um wieder zu einer normalen Lage zu gelangen. Es ist unerlässlich, daß hierfür die notwendige Anstrengung unternommen wird.

Wie ich bereits gesagt habe, sind die Verwaltungs- und Finanzprobleme in diesem Jahr nicht unsere wirklichen Sorgen. Die Erregung, die der von ihrem Generalsekretär angekündigte Entschluß in dieser Organisation ausgelöst hat, die Verlängerung seines Mandats nicht anzunehmen, ist ein eklatanter Beweis dafür. Es ist eine Erregung, die sich natürlich aus der Achtung, ich möchte sagen aus der Zuneigung ergibt, die jeder von uns U Thant entgegenbringt. Diese Erregung hängt aber auch, wie wir alle nur zu gut wissen, mit den Gründen zusammen, die diesen Beschluß bewirkt haben. Seine Haltung war reichlich überlegt. Wenn es ihm möglich wäre, sie zu ändern, wird sich niemand mehr darüber freuen als die französische Delegation. Da es sich um eine persönliche Angelegenheit und um eine Gewissensfrage handelt, können wir jedoch seine endgültige Entscheidung, wie sie auch ausfallen mag, nur respektieren.

Die Tatsache, daß unser Generalsekretär, ebenso wie unser Präsident, aus Asien stammt, gibt, ich habe dies schon zu Beginn gesagt, unseren Gefühlen und unseren Reaktionen ihre wirkliche Färbung. Es ist in der Tat Asien, das heute wie gestern, aber in noch weit größerem Umfang, uns beunruhigt. Jenes Asien, oder genauer gesagt Südostasien, wo der Krieg, der sich schon im letzten Jahr in dem Maße der dort eingesetzten militärischen Mittel entwickelte, eine Ausweitung erfahren hat, die, wenn sie fortgesetzt wird, wie leider alles befürchten läßt, schließlich noch viel mehr als nur den Frieden dieses unglücklichen Teiles der Welt in Frage stellen könnte.

Gewiß, wir wissen, daß unsere Organisation nicht befähigt wäre, auf den in der Charta vorgesehenen formellen Wegen in eine solche Tragödie einzugreifen. Nur eine der am Krieg beteiligten Parteien ist hier vertreten. Vietnam und auch China bekamen hier noch nicht ihren Platz. Deshalb würden Resolutionen oder Empfehlungen sowohl einer rechtlichen Grundlage als auch einer praktischen Wirksamkeit entbehren. Andererseits und juristisch gesprochen sind die Genfer Abkommen noch immer gültig und folglich anwendbar, wenn auch nicht de facto wirksam. Das schließt nicht aus, daß wir uns alle betroffen fühlen, und das ist der Grund, warum die Delegationen sich eine nach der anderen

veranlaßt sehen, anlässlich dieser allgemeinen Diskussion ihre Befürchtungen, oft auch ihre Angst und manchmal ihre Vorschläge, wenn nicht ihre Hoffnungen, zum Ausdruck zu bringen. Das wird bei der französischen Delegation nicht weniger der Fall sein als bei irgendeiner anderen. So könnte sich vielleicht am Ende dieser Debatte aus der Vielzahl der Reaktionen, die nach und nach zum Ausdruck gebracht werden, eine internationale öffentliche Meinung herauslösen, die wir alle zusammen vertreten.

Einer der größten Vorteile der Zusammenkunft unserer Vollversammlung ist, ihr zu ermöglichen, sich zu entwickeln und öffentlich sowie feierlich kundzutun. Das ist, glauben wir, die Grenze unserer Möglichkeiten. Wer würde indes wagen, das Gewicht zu bestreiten, das allein der Ausdruck unserer gemeinsamen Gefühle annehmen könnte, wenn diese offen und unzweideutig sind?

Indem sie dieses bedeutende Problem anschneidet, kann die französische Delegation nicht umhin, zu glauben und zu sagen, daß in dem Maße, in dem sich dieser unerbittliche Krieg entwickelt, die Frage nicht mehr so sehr darin besteht, warum man sich schlägt und welche Ziele die eine oder andere Partei verfolgt. Die wichtigste Frage ist mehr und mehr, ob das Überleben des vietnamesischen Volkes und seine Zukunft als Nation gefährdet sind. Der Rhythmus der materiellen Zerstörungen und Verluste an Menschenleben ist so groß und nimmt in dem Maße zu, daß die von mir gestellte Frage bei objektiver Betrachtung nunmehr als die wesentlichste erscheint. Was zählen gegenüber diesem materiellen und menschlichen Drama die Ideologien, politischen Kalküls und die Spiele der Mächtigen? Wenn bei Beendigung der Kämpfe Vietnam nur noch aus Ruinen und Trauer besteht, und mehr und mehr ist dies der Fall, welchen Sinn können diese Kämpfe haben und die Interventionen, von welcher Seite sie auch kommen mögen? Welcher Gedanke könnte uns, die Vereinten Nationen, mehr beschäftigen als der, daß es unvorstellbar ist, eine Nation verschwinden zu sehen?

Seit einem viertel Jahrhundert lebt Vietnam inmitten von Gewalt und Krieg. Mit seinen Nachbarn Laos und Kambodscha konnte es vor zwölf Jahren glauben, daß sein Leidensweg beendet sei, als in Genf Abkommen abgeschlossen wurden, die im ganzen früheren Indochina einen endgültigen Waffenstillstand herbeiführen, sowie gleichzeitig ein Regime, das die Unabhängigkeit der vier Staaten unter der Voraussetzung ihrer Neutralität und der Nichteinmischung dritter Mächte in ihre inneren Angelegenheiten gewährleisten sollten. In Kambodscha hatte eine aufgeklärte und mutige Regierung die Klugheit, jede ausländische Einmischung zurückzuweisen. Es blieb seither vom Krieg verschont und behielt seine nationale Einheit. Vietnam und auch Laos hatten nicht das gleiche Glück oder das gleiche Verdienst. Die Folge war ein virtueller Krieg in Laos, ein effektiver - und in welchem Maße! - seit Jahren in Südvietnam, seit achtzehn Monaten erstreckt sich dieser Krieg auch auf Nordvietnam.

Seit mehreren Jahren sagt und wiederholt Frankreich, daß es ein Mittel, ein einziges Mittel gibt, einen an sich ausweglosen Krieg zu beenden. Denn man kann sich weder eine Niederlage des mächtigen Amerikas noch den Verzicht eines Volkes vorstellen, das seine Unabhängigkeit will, ganz gleich, welche Prüfungen und Leiden dies erfordern mag. Wenn nur eine politische Lösung denkbar ist, wie dies einmütig zugegeben zu sein scheint, muß man auf die Abkommen von Genf zurückkommen, und zwar durch Verhandlungen, die dazu führen, diese Abkommen im gemeinsamen Einvernehmen wieder zum Leben zu erwecken. Die Rückkehr zu den Genfer Abkommen, d. h. übereinzukommen, alle ausländischen Streitkräfte abzuziehen und die Möglichkeit ihrer Rückkehr auszuschalten, d. h. jede Einmischung von außen - ganz gleich welcher Art - in die Angelegenheiten Vietnams zu verbieten, sofern sich dieses Land verpflichtet, künftig eine Politik strikter Neutralität beizubehalten. Alle diese Bestimmungen wären Gegenstand eines internationalen Abkommens, das alle großen Mächte und die anderen direkt interessierten Länder unterzeichnen würden, und das sie folglich verpflichten würde. Das heißt andererseits, daß, wenn diese Bedingungen erfüllt sind, es den Vietnamesen überlassen bleiben soll, ihre eigenen Angelegenheiten in voller Freiheit und unter ihrer alleinigen Verantwortung zu regeln (für die Südvietnamesen) oder weiter zu regeln (für die Nordvietnamesen), ganz gleich, für welches Regime sie sich entschließen. Es würde ebenfalls anerkannt, daß das Problem der Wiedervereinigung ausschließlich ihre Sache ist und zum gegebenen Zeitpunkt in voller Unabhängigkeit durch Übereinkommen zwischen den einen und den anderen gelöst werden soll.

Ist die Verwirklichung eines solchen Programms, das die Eröffnung und das Gelingen einer so wesentlichen Verhandlung voraussetzt, bei der fortschreitenden Eskalation und dem völligen Gegensatz, der zwischen den amerikanischen und vietnamesischen Standpunkt in Erscheinung tritt, denkbar? Eine Art finsterner Fatalität schwebt über diesem Krieg, die es zu wollen scheint, daß sich die Gegner niemals zu gleicher Zeit zu Verhandlungen bereit erklären.

Muß man in Wirklichkeit darüber staunen, zumal man feststellt, daß, nachdem jede militärische Lösung ausgeschlossen ist und man sich folglich auf den Ausgang der bewaffneten Aktionen nicht verläßt, das Aushandeln einer politischen Lösung nur denkbar ist, wenn man zuerst von beiden Seiten weiß und annimmt, was eine solche Lösung umfassen soll und, wie wir glauben, nur das sein kann, was ich früher darzulegen versucht habe?

Wie kann man sich vorstellen, daß bei der stattfindenden Eskalation eine solche Initiative zur Eröffnung einer Verhandlung von einer anderen Seite als von der dort direkt verwickelten Großmacht kommen kann, deren Intervention ein wesentliches Element war und die allein dadurch in der Lage ist, eine neue Tatsache zu schaffen, die alles möglich macht, und vor allem den Frieden. Vor einigen Tagen wurde hier schon gesagt, daß je größer die

Erstes Flaggenhissen für die neuen Mitgliedstaaten Botswana und Lesotho am 17. Oktober 1966. - Im mittleren Hintergrund, jenseits der First Avenue, das große Gebäude der Botschaft der Vereinigten Staaten bei den Vereinten Nationen. Die UN-Botschaft der USA umfaßt über 100 Personen, an der Spitze der Chefdelegierte Arthur Goldberg mit Kabinettsrang und zwei weitere Botschafter.



Macht und der Einfluß, um so größer auch die Verantwortungen sind.

Vor knapp einem Monat erklärte General de Gaulle in Pnom Penh: »Die Möglichkeit und die Eröffnung einer so umfassenden und schwierigen Verhandlung würden natürlich von der vorhergehenden freiwilligen Entscheidung und Verpflichtung Amerikas abhängen, seine Streitkräfte in einer angemessenen und festzulegenden Frist abzuziehen.«

Der Präsident der Französischen Republik fügte hinzu:

»Frankreich sagt das aufgrund seiner Erfahrung und weil es uneigennützig ist. Frankreich sagt das aufgrund des Werkes, das es früher in diesem Teil Asiens vollbracht hat, aufgrund der Bindungen, die es bewahrt hat und aufgrund des Interesses, das es weiterhin den Völkern entgegenbringt, die in diesem Teil der Welt leben. Frankreich sagt das aufgrund der außerordentlichen und zwei Jahrhunderte alten Freundschaft, die es Amerika entgegenbringt, und aufgrund der Vorstellung, die es sich von Amerika und dieses von sich selbst macht: d. h. der Vorstellung von einem Land, das die Auffassung vertritt, die Völker müssen frei über ihr eigenes Schicksal entscheiden können.«

Darf ich daran erinnern, daß vor noch nicht langer Zeit Frankreich gleichfalls, wenn auch aus anderen Gründen und in einer unterschiedlichen Lage, in einen Krieg verwickelt war, der sich auch nur nutzlos fortsetzen konnte, solange keine politische Lösung gefunden worden wäre? Während seine Streitkräfte die Lage unbestritten beherrschten, hat es die Pforten zu den Verhandlungen geöffnet, indem es aus eigenem Antrieb das Recht Algeriens auf Selbstbestimmung proklamierte, d. h. indem es ihm zur Unabhängigkeit verhalf. Diese Initiative ermöglichte den Beginn von Verhandlungen und legte zugleich das Grundlegende der zu schließenden Abkommen fest. Welcher vernünftig Denkende hat damals geglaubt, daß Frankreich mit diesem Vorgehen seine Interessen in Frage stellte, seine Position schwächte und seinem Prestige Abbruch tat? Welchen Widerhall hatte, ganz im Gegenteil, diese denkwürdige Entscheidung gefunden! Welches Gehör haben uns in der Welt die Abkommen verschafft, die so zustande kamen, sowie die Beendigung der grausamen Kämpfe, die zu nichts mehr führen konnten!

Die Vereinigten Staaten brauchen weder Unterstützung noch Ratschläge, selbst wenn sie uns über ihren eminenten Vertreter, der weiß, welche freundschaftliche Achtung die französische Delegation ihm entgegenbringt, sagen ließen, daß sie eine Diskussion wünschten. Wir kennen ihre Macht und ihre Entschlossenheit. Wir kennen auch die Großzügigkeit ihrer Gefühle und ihren Glauben an ihre Ideale. Es schickt sich nicht, glaube ich, darüber mehr zu sagen.

In Erwartung neuer Tatsachen, auf die die Welt ängstlich hofft, kann jeder verstreichende Monat die Spannung und die Gefahr einer Ausweitung des Konfliktes nur erhöhen. Es ist also nicht erstaunlich, daß die Vietnam-Frage uns schrittweise wieder in eine Vergangenheit zurückbringt, die überwunden schien, und erneut jenen Kalten Krieg aufflammen ließ, von dem man vor noch nicht so langer Zeit glaubte, daß er bald in die Geschichte eingehen werde? Das ist das Schauspiel, dem wir in dieser Vollversammlung beiwohnen, wenn wir Tag für Tag Reden und Vorschläge jeder Tendenz anhören. Kann man sich in Wirklichkeit vorstellen, daß dem anders sei?

Ich will hoffen, daß nichts wesentlich gefährdet ist, aber alles ist stillgelegt oder verzögert auf dem Wege, der zur Entspannung, zur Zusammenarbeit und schließlich zur Verständigung führt.

Die Vereinten Nationen werden weder heute noch morgen in der Lage sein, das China-Problem zu regeln, diesem riesigen Land, welche Haltung es auch einnimmt, hier die ihm gebührende Stimme bei der Erörterung der großen Probleme und vor allem derjenigen Asiens einzuräumen, also in unserer Organisation ein Element des Realismus einzuführen, das ihr so bitter fehlt, und schließlich den Weg vorzubereiten, zu dem was eines Tages, sofern nicht ein unvorstellbarer weltweiter Konflikt ausbricht, unweigerlich das neue internationale Einvernehmen sein wird.

Auf dem Gebiet der Abrüstung und vor allem natürlich auf dem der nuklearen Abrüstung sind weder heute noch morgen irgendwelche Fortschritte zu erwarten. Selbst die Nichtverbreitung der Nuklearwaffen stößt auf unerwartete Hindernisse, obwohl sich ihr nichts entgegenzustellen scheint, wenn man die festentlossene Politik der diese Waffen besitzenden Mächte betrachtet, sowie den allgemeinen guten Willen jener, die sie nicht haben.

Weder heute noch morgen können wir uns vorstellen, daß die westlichen Mächte und die sozialistischen Staaten zusammen-treffen, um eine konzentrierte und folglich wirksame Politik gegenüber den weniger entwickelten Ländern ins Auge zu fassen, ob es sich nun um die Finanzhilfe, um die Expansion der Rohstoffverkäufe zu annehmbaren Preisen oder um die einfache technische Hilfe handelt.

Ich möchte jedoch hervorheben, daß es in diesem düsteren Bild auch einige lichte Seiten gibt, die Anlaß zu Hoffnung für die Zukunft geben. Ich denke vor allem an Europa. Auch hier ist noch nichts für die Dauer entschieden, besonders nicht das Schicksal Deutschlands. Wir wissen sehr wohl, daß es in unserem Teil der Welt keine stabile und wirklich friedliche Regelung geben wird, solange dieses große Problem nicht seine Lösung in Frieden gefunden hat, das heißt im Einvernehmen aller Betroffenen, und vor allem der Deutschen selbst. Diese Lösung wird wahrscheinlich, wie bei den anderen europäischen Fragen, am Ende eines langen und schwierigen Prozesses stehen. Doch vielleicht ist es nicht vermessen, zu glauben, daß der Prozeß in einem gewissen Sinne schon begonnen hat. Europa kennt seit Jahren nicht mehr die Krisen, die es so lange nach dem Krieg in so starrer und unmenschlicher Weise, derer man sich nur zu gut erinnert, getrennt haben. Der Eisener Vorhang, die ideologischen oder militärischen Blöcke beginnen dem allgemeinen Wunsch nach einer Normalisierung der Beziehungen und der Bekräftigung der nationalen Eigenarten zu weichen. Frankreich ist glücklich, im Rahmen seiner Möglichkeiten für seinen Teil zu einer Bewegung beizutragen, die gesund ist, weil sie die Rückkehr zu einer natürlichen Haltung und zu früheren Beziehungen kennzeichnet, die der Kalte Krieg unterbrochen hatte; sie ist auch gesund, weil sie die Wege für die Zukunft vorbereitet. Frankreich ist glücklich, festzustellen, daß es in West- und Osteuropa Zustimmung und Ermutigung findet. Es hat gute Gründe zu hoffen, daß, sofern keine Katastrophe von außen eintritt, die unseren alten Kontinent nicht verschonen würde, wenn sie zu einem Weltkonflikt ausartete, die so begonnene Entwicklung sich fortsetzen und ausweiten muß. Nach und nach würden so die Voraussetzungen für eine allgemeine Öffnung Europas innerhalb seiner Grenzen gegeben sein, für eine umfangreiche Entwicklung des politischen, wirtschaftlichen, menschlichen und kulturellen Austausches, und schließlich für eine konstruktive Diskussion der großen Probleme zwischen allen Betroffenen, und von denen, ich wiederhole es, das Deutschland-Problem wie immer an erster Stelle steht. Wenn die eingeleitete Entwicklung von außen nicht gestört wird, haben wir Anlaß zu einem vernünftigen Optimismus. Ich bin sicher, daß die Vollversammlung sich mit uns darüber freut.

Afrika gibt auch in diesem Jahr Anlaß zu Besorgnissen. Gewisse der großen Fragen, die sich dort stellen, stehen schon oder werden zweifellos bald auf unserer Tagesordnung stehen. Alle haben ihren Ursprung in derselben Ursache, nämlich daß es noch immer auf diesem weiten Kontinent Gegenden gibt, die von der großen Bewegung der Befreiung oder - wenn man so will - der Entkolonisierung, noch nicht erfaßt worden sind. Diese Bewegung hat ihn seit fünfzehn Jahren völlig erneuert und unserer Organisation so viele neue souveräne und unabhängige Staaten zugeführt. Das Grundprinzip dieser Emanzipation war die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, und zwar aller Völker, d. h. der freien Verfügung über sich selbst. In einer gewissen Anzahl von Fällen wurde dieses Recht nicht anerkannt, oder, wenn es anerkannt wurde, blieb es auf eine Minderheit beschränkt infolge einer rassistischen Diskriminierung, die allen unseren Überzeugungen und selbst den Grundlagen der Charta der Vereinten Nationen zuwiderläuft.

Diese Anomalien und Anachronismen, die in so offenkundigem Gegensatz zu der allgemeinen Bewegung der Dinge und Menschen stehen, haben an Ort und Stelle Situationen geschaffen, die dramatisch sind oder es werden können, und in ganz Afrika zu einer Beunruhigung und Erregung geführt, die erklärlich sind und die die Zeit nicht beschwichtigen wird. Frankreich ist überall, und besonders was seine eigenen Verantwortungen betrifft, der Achtung des Rechtes der freien Selbstbestimmung zu sehr verbunden, um diese Beunruhigung und Erregung nicht zu teilen. Es wird in diesem Geist an den weiteren Diskussionen teilnehmen im Bewußtsein der Notwendigkeit, keinen Zweifel über seine Haltung offenzulassen, und auch in dem Bewußtsein, daß, über diese Haltung hinaus, es darauf ankommt, das festzulegen, was nützlich, praktisch und wirksam wäre, im Rahmen unserer Grundsätze und gemäß den Regeln unserer Charta.

Mit der Erwähnung der afrikanischen Probleme, die gewiß keine sekundären Fragen sind, habe ich den Überblick über die großen internationalen Angelegenheiten, die sich uns gegenwärtig aufdrängen, beendet. Ich weiß, daß es für viele noch andere Sorgen gibt. Mindestens drei Viertel der Mitgliedsländer der Organisation haben, jedes für sich, ein großes Anliegen, das ihrer eigenen Entwicklung. Das ist übrigens in der Tat ihre größte Verantwortung, nicht nur gegenüber ihnen selbst, sondern auch gegenüber der internationalen Gemeinschaft, wenn sie wünschen, darin die ihnen gebührende Rolle zu spielen. Ich brachte vorhin meinen Pessimismus zum Ausdruck über die Aussichten der Zusammenarbeit auf diesem Gebiet zwischen den wichtigsten Mächten und unter den gegenwärtigen Bedingungen. Das heißt nicht, daß die Verpflichtungen dieser Mächte deshalb nicht weniger imperativ sind. Die Hilfe, die den weniger Begünstigten unter

ihren Partnern zu gewähren ist, bleibt für sie im Rahmen ihrer Mittel und unter allen Formen, die sie annehmen kann, eine wesentliche Verpflichtung. Die Resultate der Konferenz für die Entwicklung, die 1964 in Genf stattfand, waren in dieser Hinsicht bei weitem nicht zufriedenstellend. Niemand bedauert es so sehr wie Frankreich. Niemand auch ist fester entschlossen, die Untersuchungen und Diskussionen mit dem Willen fortzusetzen, zu einem Fortschritt und zum Erfolg zu gelangen. Das was mein Land auf dem Gebiet seiner eigenen Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern, angefangen mit jenen, für die es einst die Verantwortung trug, verwirklicht hat, sowie der Umfang der Mittel, die es dafür aufgebracht hat, noch aufbringt und auch weiterhin hierfür aufzubringen gedenkt, sind hierfür vielleicht ein Beweis.

Doch wie immer auf diesem Gebiet, ist die Art des Vorgehens von fast ebenso großer Bedeutung wie das, was man tut. Ich sagte von dieser gleichen Stelle aus, im vergangenen Jahr, über die Politik der Zusammenarbeit: »Wir müssen davon Abstand nehmen, die Hilfe, gleich welcher Art, an irgendeine politische Bedingung zu knüpfen und uns in die Angelegenheiten unserer Partner einzumischen.« Es ist klar, daß die strikte Beachtung einer solchen Verhaltensregel in engem Zusammenhang mit der internationalen Lage steht. Wenn der Kalte Krieg wütet, wie könnte man sich da vorstellen, daß er sich nicht überall auswirkt, einschließlich bei den Beziehungen der Mächte mit den Entwicklungsländern? Wie kann man sich vorstellen, daß jene es vermeiden können, von ihnen eher als ein Pfand ihrer Rivalitäten

statt als Gegenstand ihrer großzügigen und selbstlosen Hilfe betrachtet zu werden?

In der Welt, in der wir leben, hängt alles zwangsläufig zusammen, und zwar immer stärker in dem Maße, in dem die Technik Fortschritte macht und dieses Gefühl der Solidarität wächst, das unter anderem durch die Entwicklung internationaler Einrichtungen wie die unsere gekennzeichnet ist. Das ist der Grund, weshalb über all das hinaus, was national ist - und es übrigens auf eine sehr berechnete Weise ist -, über alle Sonderansichten und Sonderinteressen hinaus, über alle regionalen und kontinentalen Perspektiven hinaus, über alles hinaus, was einzelne oder einige von uns beschäftigt, es ein allen gemeinsames Gut gibt. Dieses Gut gehört niemandem im besonderen, weil es universell ist, dieses Gut legt jedem eine Haltung und Pflichten auf; es ist ein gemeinsames Gut, das, wegen der Natur der Dinge, seinen Ausdruck vor allem in einer Versammlung wie der unseren finden muß. Dieses Gut heißt Frieden und Fortschritt der Menschheit. Frieden und Fortschritt der Menschheit sind für Frankreich das höchste Ziel seiner internationalen Politik. Unter Berücksichtigung des einen und des anderen legt es seine Beurteilung der großen Probleme fest und versucht, sein Handeln zu orientieren. Es hat keine anderen Beweggründe, wenn es von Europa, Afrika oder von der Entwicklungshilfe spricht, und auch keine anderen, wenn es von Vietnam spricht. Es ist der Weltfrieden, der überall auf dem Spiel steht, wo man kämpft. Er ist es, der überall gefährdet ist, wo Not und Hunger herrschen. Bemühen wir uns alle zusammen, daß er eine universelle Realität wird.

Der Vietnam-Krieg, die Genfer Abkommen und die UNO

VON * * *

Bei den Bemühungen um die Beendigung des Vietnamkrieges spielen die Genfer Indochina-Abkommen von 1954 eine erhebliche, wenn auch nicht die alleinige, wahrscheinlich nicht einmal die ausschlaggebende Rolle. Aber alle Seiten stützen sich auf sie. Für welche es berechtigt und bei welcher es Irreführung der öffentlichen Meinung ist, untersucht der nachstehende Beitrag. - Der Verfasser ist Jurist und kennt die Verhältnisse in Südostasien aus eigenem Aufenthalt. Seine Anonymität wird durch seine Tätigkeit als internationaler Beamter bedingt.

Militärisch anscheinend an einem toten Punkt angekommen, fixiert der Vietnam-Krieg die Widersacher politisch in einer höchst paradoxen Situation: Alle Beteiligten berufen sich mit lauter Stimme auf die Genfer Abkommen von 1954 und 1962, deren integrale Einhaltung allein den Frieden bringen könne und die sie alle angeblich allein anstreben. In Wirklichkeit jedoch verfolgt jede der in Vietnam maßgeblich engagierten Mächte gänzlich verschiedene Ziele, gibt den Verträgen eine gänzlich von dem der Gegner abweichende Ausdeutung: die Positionen waren noch nie so unüberbrückbar von einander getrennt wie in diesem Herbst 1966.

Dabei ist, wie eine nähere Prüfung ergeben wird, die Unterstellung zweifellos richtig, daß die Genfer Abkommen eine klare, allseitig befriedigende und auch im Rahmen des weltpolitischen Kräftegleichgewichts tragbare Lösung vorgezeichnet haben. Es ist das große Verdienst de Gaulles und U Thants, der Weltmeinung diese schwerwiegende Wahrheit wieder ins Gedächtnis gerufen zu haben. Demnach können nur jene Mächte, denen weder an einer Befriedung Südostasiens noch an einer allseitig annehmbaren Stabilisierung des Weltfriedens gelegen ist, das Durchbrechen und schließliche Umstoßen des Genfer Friedenswerks für Indochina und später separat für Laos anstreben.

I

Bevor wir der Schuldfrage nähere treten, ist ein Blick auf die Genfer Abkommen von 1954 angebracht. Diese bestehen aus zwei Teilen, dem militärisch-politischen Waffenstillstands-

abkommen, das den ersten Indochina-Krieg beendete und die Zukunft Vietnams¹ regelt, und der Genfer Schlußakte, die das Waffenstillstandsabkommen als Rahmenwerk umschließt und dem alle an der Genfer Konferenz teilnehmenden Mächte mit zwei Ausnahmen beitraten.

Unter den Klauseln des Waffenstillstandsabkommens sind folgende Hauptbestimmungen hervorzuheben:

Art. 1 bestimmt eine »provisorische militärische Demarkationslinie«, von der es in § 6 der Schlußakte heißt, daß »nichts in diesem Vertrag dahin verstanden werden (soll), daß die Demarkationslinie eine territoriale und politische Grenze bilden soll«. Damit ist zugleich die Hypothese, wonach die Genfer Abkommen die Schaffung zweier vietnamesischer Gliedstaaten sanktioniere, eindeutig zurückgewiesen. Nach den Genfer Abkommen gibt es nur ein Vietnam, daß nach außen und insbesondere den Teilnehmern der Konferenz gegenüber als ein einziges Völkerrechtssubjekt auftritt. Demgemäß soll die Trennung des Landes in zwei provisorische und rein militärische Besatzungszonen beendet werden durch gemäß Art. 14 a abzuhaltende allgemeine Wahlen in Gesamt-Vietnam. Diese Wahlen wurden, wie aus den Sitzungsprotokollen eindeutig hervorgeht, keinesfalls als Volksabstimmung über die Wiedervereinigung verstanden. Die Einheit Vietnams war von vornherein als übergeordnete Konstante von allen Seiten akzeptiert. Die Wahlen sollten vielmehr lediglich eine einzige zivile Instanz an die Stelle der beiden, provisorisch Souveränitätsbefugnisse ausübenden Oberkommandos setzen, die dann im Namen des gesamten vietnamesischen Volkes die nationale Souveränität ausüben sollte. Es handelte sich also um Parlamentswahlen zur Regierungsbildung. Die Wahlen waren spätestens am 20. Juli 1956 abzuhalten, wozu die beiden Partner des Waffenstillstandsabkommens und ihre zivilen Vertretungen ein Jahr zuvor Kontakte aufnehmen sollten. Die Wahlen sollten von der in Art. 29 vorgesehenen internationalen Kontrollkommission überwacht werden.

Diese Bestimmungen verweisen bereits einen ersten Hauptpunkt der amerikanischen These ins Bereich der Fabel, daß nämlich in Genf zwei unabhängige, von einander getrennte Staaten geschaffen worden seien, von denen der eine den